

Bezugspreis:

Verteilt. M. — M. monatl. M. — M. frei ins Haus, wenn zahlbar. Post- bezug: Monatlich 10. — M. evtl. Post- bezugsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei halbjährlicher Zustellung 21.50 M. Post- bezugsgebühren nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Einzelheften in die Post-Bezugspreisliste.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntag- beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen- täglich zweimal. Sonntags und Monta- gtags einmal.

Telegraphische Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 16. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kompositionelle Zeile — 20. Teuerungszuschlag 50%.  
„Kleine Anzeigen“, das ist: gebuchte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellungszug und Schließstrichgebühren des ersten Wortes 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 2. — M. politische und gewerkschaftliche. Vereins-Anzeigen 2. — M. die Zeile ohne Ausschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Bureau eintreffen. Berlin SW. 68, Linden- str. 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

## Annäherung in der Kohlenfrage.

Spa, 15. Juli. Bei der heutigen Zusammenkunft in der Villa Neubois wurden Reichsminister Dr. Simons die Grundzüge der Antwort der Entente auf die deutschen Vorschläge in der Kohlenfrage bekanntgegeben. Die Antwort wird heute abend schriftlich überreicht werden. Man erwartet, daß die deutsche Regierung ihre Antwort bis zur morgigen Sitzung des Obersten Rates, die um 11 Uhr im Schloß de la Freineuse beginnt, übergeben wird.

### Die deutschen Vorschläge.

Spa, 15. Juli. Die Vorschläge der deutschen Delegation wegen der Regelung der Kohlenfrage haben folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf vorläufig 6 Monate den alliierten Regierungen monatlich zwei Millionen Tonnen Kohle zur Verfügung zu stellen.
2. Die alliierten Regierungen leisten den Gegenwert der Kohle bis zur Höhe des deutschen Inlandspreises durch Anrechnung auf das Reparationskonto; mit der Differenz zum Weltmarktpreis in bar, soweit nicht die Art der Zahlung durch das allgemeine Abkommen über die Finanzfrage anders bestimmt wird.
3. Während der Dauer der vorbezeichneten Kohlenlieferung bleiben die Bestimmungen der Entscheidung in der Kohlenfrage, die der deutschen Delegation am 9. Juli mitgeteilt und am 11. Juli abgeändert worden sind, außer Anwendung. Eine Erhöhung der monatlich abzuliefernden Tonnage durch den Wiedergutmachungsanspruch findet solange nicht statt.
4. Es wird alsbald ein Abkommen über die Lage in Oberschlesien getroffen, durch das entweder die deutsche Regierung die Verteilung der ober-schlesischen Kohle zurückerhält oder ihr doch der monatliche Bezug von mindestens 1,5 Millionen Tonnen gewährleistet wird.
5. Es wird alsbald eine gemischte Kommission in Essen eingerichtet, deren Zweck es ist, die Mittel zu untersuchen, mit denen man die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Nahrung, Kleidung und Wohnung und damit die Erzeugung der Kohlenminen des Ruhrgebietes verbessern kann.
6. Die Alliierten erklären sich bereit, Deutschland zur Einführung von ausländischen Lebensmitteln für seine Bevölkerung sowie von Rohstoffen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft einen angemessenen Vorschub zu gewähren. Die Beratungen über den Vorschub werden im Zusammenhang mit den allgemeinen Beratungen über die Finanzfrage alsbald unter Zuziehung der beiderseitigen Sachverständigen aufgenommen.

### Wie weit kommt die Entente entgegen?

V. S. Spa, 15. Juli (Eigener Drahtbericht des Vorwärts). Die Besprechung zwischen Lloyd George, Millerand und Simons über die deutschen Gegenanträge fand am Sitz der französischen Delegation statt, deren Villa bekanntlich im Kreise die Residenz Kaiser Wilhelms war. Diese Besprechung erforderte eine Stunde bis acht Uhr abends auf der Terrasse des Schlosses. Es nahmen an dieser außer den drei Benannten nur noch teil Sir Phillip Kerr, der Sekretär Lloyd Georges und ein Dolmetscher. Millerand und Lloyd George waren über die Gegenanträge merkwaardigerweise noch nicht im vollständig im Bilde, weil die Uebersetzung, noch nicht vorlag. Punkt für Punkt setzte nun Simons die Vorschläge auseinander. Das vorläufige Ergebnis der Besprechung ist, daß kein einziger Punkt abgelehnt ist. Nur der sechste Punkt (Vorschubermäßigung zur Einführung von Lebensmitteln und Rohstoffen für ganz Deutschland) scheidet vorläufig aus, er wird bis zu den Wirtschaftsbearbeitungen zurückgesetzt. Der Zweck, der Aufstellung dieses Punktes war nur, daß nicht in Deutschland der falsche Eindruck erweckt würde, als solle das Ruhrgebiet eine bevorzugte Behandlung in seiner Lebensmittellieferung erfahren gegenüber der übrigen deutschen Bevölkerung. Bei allen anderen Punkten sind zahlreiche Änderungen durch die Alliierten angekündigt, die heute abend noch erwartet werden. Ueber diese Änderungen werden am Freitag früh

die Sachverständigen, sobald das Kabinett unter Hinzuziehung eines kleinen Kreises von Sachverständigen beraten. Sodann wird das Kabinett die endliche Entscheidung treffen.

Es ist also eine wesentliche Entspannung eingetreten, und nach der ganzen Sachlage scheint eine gute Aussicht auf Verständigung zu bestehen. Ein übermäßiger Optimismus wäre jedoch nicht am Platze. Das steht auf dem Standpunkt, daß die verschiedenen Punkte unserer Gegenanträge, wenn sie im wesentlichen angenommen würden, einen Fortschritt bedeuteten, der es und evtl. ermöglichte würde, die sonst ungeheuerlichen Mehrleistungen und Ablieferungen durchzuführen, ohne das eigene Wirtschaftswesen zu ruinieren. Namentlich die bessere Lebensmittellieferung würde für die Arbeiterschaft in Ansporn sein, die Ueberschichten weiter durchzuführen, was bei der gegenwärtigen Lebensmittellage im Ruhrgebiet ganz ausgeschlossen ist. Würden jedoch die Zugeständnisse der Alliierten auf dem Ernährungsgebiet unzureichend sein, so bliebe und tatsächlich nichts anderes übrig, als die Ablehnung. Doch besteht vorläufig kein zwingender Grund, die Zugeständnisse auf diesem Gebiet als unzureichend voranzusehen.

Spa, 15. Juli. (Sonderbericht des „Vorwärts“). Die Antwort der Alliierten, die zur Zeit der Unterredung in Villa Neubois in ihrem Text fertiggestellt wurde und deren Grundzüge dem Minister mitgeteilt wurden, soll heute abend schriftlich überreicht werden. Als feststehend darf betrachtet werden, daß auf der Gegenseite der ernsthafte Wille vorhanden ist, zu einer Verständigung zu gelangen und den deutschen Vorschlägen gegenüber entgegenkommen zu zeigen. Die Tragweite der Modifikationen der deutschen Vorschläge läßt sich noch nicht übersehen. Ueber die Antwort der Alliierten verläutet aus Ententekreisen, daß die Alliierten bereit sind, für die Tonne Kohlen folgende Zahlung zu leisten: 5 M. Gold in bar und 35 M. Gold zur Guthabenseite auf Konto, das zur Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Verfügung gestellt wird. Diese Zahlung erfolgt jedoch nur, wenn die vorgeschlagene Lieferung von 2 Millionen Tonnen monatlich vollkommen eingehalten wird.

Auch in dem wichtigen Punkt der ober-schlesischen Kohlenlieferung scheint ein Einvernehmen sicher zu sein.

### Annahme mit neuer Drohung.

In später Nachstunde trifft folgende Meldung ein: Spa, 15. Juli. (Privatmeldung.) Ueber die Antwort der Entente erfährt die Agence Havas: Die Entente nimmt das deutsche Angebot auf Lieferung von zwei Millionen Tonnen Kohle monatlich für die nächsten sechs Monate, mit dem 1. August 1920 beginnend, an. Werden bis zum 1. November nicht sechs Millionen Tonnen geliefert, so sind bestimmte Gegen-maßregeln vorzusehen, die in der Besetzung deutschen Gebietes, sei es das Ruhrgebiet oder irgendein anderes, bestehen. Für die Verteilung der ober-schlesischen Kohle wird eine gemischte Kommission eingesetzt, der ein deutscher Vertreter angehört. Der Vorschlag der Kommission in Essen wird angenommen. Die Antwort verspricht schließlich die notwendigen Lebensmittel zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Grubenarbeiter.

Dann scheint es, als ob die Annäherung, die bisher in der Kohlenfrage konstatiert werden konnte, durch die erneute Drohung der Alliierten mit dem Einmarsch wieder gefährdet sei. Wenn das Darnochschwert der Besetzung noch weiter über Deutschland hinwegzögen soll, wird der Wert der Verständigung zunichte. Eine amtliche Stellungnahme deutscherseits zu dieser neuen Wendung konnte nicht mehr ermittelt werden.

### Die „Dolmetscher“ treffen ein.

Spa, 15. Juli. Marshall Wilson, General Delegate und der Chef der italienischen Militärdelegation, General Maricetti, sind heute früh hier eingetroffen.

## Das deutsche Angebot.

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Verteilung der zwei-Millionen-Tonnen-Leistung den sofortigen Einmarsch der Alliierten in das Ruhrgebiet zur Folge haben würde, hat die deutsche Delegation zu Spa den Verhandlungsgegnern einen neuen Plan von Voraussetzungen vorgelegt, unter denen sie die Erfüllung der gegnerischen Forderungen für möglich hält. In der Vorlegung dieses Planes liegt ein sehr weites Entgegenkommen, und wenn auf der anderen Seite wirklich etwas von dem guten Willen vorhanden ist, dessen man uns so oft versichert, dann sollte man denken, daß im Laufe des heutigen Tages eine Verständigung erzielt werden muß.

Ueber die Voraussetzungen, die von deutscher Seite für die Erfüllung der Ententeorderung aufgestellt sind, wird in Spa jedenfalls noch gesprochen werden. Von besonderer Wichtigkeit scheint uns unter ihnen zunächst die Oberschlesien betreffende Forderung zu sein. Stehen uns von den 2,6 Millionen Tonnen, die Oberschlesien jetzt produziert, 1,5 Millionen Tonnen sicher zur Verfügung, so wird dadurch die zwei-Millionen-Tonnenleistung um etwas vermindert. Immerhin würde auch dann noch zwischen dem vorletzten deutschen Angebot und der nunmehr grundtätig aufgestellten Ententeorderung eine Spannung von etwa 400 000 Tonnen monatlich bleiben. Diese 400 000 Tonnen müßten teils durch vermehrte Förderung herausgeholt, teils durch verminderten Inlandsverbrauch eingepart werden.

Nicht minder bedeutungsvoll ist der Wunsch nach Anrechnung der gelieferten Kohle zum Weltmarktpreis. Es gehört zu den unangelegentlichsten Ungehörlichkeiten des Dokuments von Versailles, daß uns unsere Leistungen nur zum Inlandspreis angerechnet werden sollen. Denn infolge unseres schlechten Volustandes und der ständigen Preispolitik bleiben die Inlandspreise für viele wichtige Lieferungsgegenstände, besonders auch für Kohle, hinter den Weltmarktpreisen weit zurück. Heute stellt sich der Weltmarktpreis für Kohle etwa auf 1200 M. pro Tonne, der Inlandspreis aber nur auf 230 M. Wenn die Franzosen unsere Kohle zu unserem Inlandspreis bekommen, so liegt darin ein starker Anreiz für sie, sie zum Weltmarktpreis in das Ausland weiter zu verkaufen. Es kann aber nicht der Zweck des Friedensvertrages sein, Schiebergeschäfte des französischen Kohlenhandels zu fördern.

Die Forderung, die deutschen Kohlenlieferungen nach dem Weltmarktpreis zu berechnen, ist nicht mehr als billig. Sie hat grundsätzlich die allergrößte Bedeutung, da der Friedensvertrag ohne Revision dieser grundsätzlichen Bestimmung zu einer geradezu infamen Auswucherung des deutschen Volkes führen müßte. Würde es bei den heutigen Weltmarktpreisen und bei der Berechnung der deutschen Leistungen zu Inlandspreisen, so würde die Summe der deutschen Leistungen, die zur Abtragung der Kriegsschuld notwendig ist, um das Vier- bis Fünffache erhöht!

Daß die zwei-Millionen-Tonnen-Forderung ohne Erhöhung der deutschen Produktion unmöglich wäre, ist schon gesagt. Eine Erhöhung der Produktion ist wiederum nicht möglich, wenn nicht für bessere Ernährung und Kleidung der Bergleute gesorgt wird, und wenn nicht neue Unterkunfts-möglichkeiten für neu einzustellende Arbeiter beschafft werden. Umgekehrt würde die militärische Besetzung des Ruhrgebietes eine enorme Erhöhung des Wohnungsbedarfs, damit eine Verkleinerung der Unterbringungs-möglichkeiten für die Bergleute und damit eine Verminderung der Produktion herbeiführen. Die Entente verfährt volkswirtschaftlich zweifellos richtig, wenn sie den von der deutschen Delegation angezeigten Weg wählt und damit die Voraussetzungen schafft, um ihre enormen Ansprüche an die deutsche Kohlenproduktion zu befriedigen.

Die vermehrte Kohlenlieferung an die Entente bedeutet Verringerung jenes Kohlenquantums, das uns zur Verfügung steht, um ausländische Lebensmittel und Rohstoffe auszubringen. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, darschufweise andere Mittel bereitzustellen, durch deren Verwendung der deutsche Hunger nach Lebensmitteln und Rohstoffen gestillt werden kann. So folgt logisch aus dem einen das andere. Will die Entente nicht nur mit militärischen Drohungen ein Verprechen erpressen, das nachher doch nicht erfüllt werden kann, will sie wirkliche Leistungen, dann muß sie auch die Voraussetzungen erfüllen helfen, unter denen allein diese Leistungen möglich sind.

Man hat sich nun in Spa zusammengesetzt, um über den deutschen Plan zu verhandeln. Man will miteinander reden, wie es Kaufleute unter sich zu tun gewohnt sind, was natürlich notwendig ist, daß der eine Teil erst endlich einmal seinen Revolver wegsteckt, den er bisher noch jedesmal in kritischen Augenblicken aus der Tasche gezogen hat. Es ist weiter wünschenswert, daß man in Spa nicht bloß kaufmännisch, sondern auch volkswirtschaftlich denkt. Denn es kann nicht darauf ankommen, die Deutschen übers Ohr zu hauen und ihnen etwas abzapfen, was man Schwarz auf Weiß nach Hause tragen kann, sondern darauf, die Grund-

## Der Prozeß gegen die ungarischen Volkskommissare.

### Ermordung des Verteidigers Dr. Szanto!

Der Strafprozeß gegen die in Haft befindlichen Volkskommissare hat, wie und gemeldet wird, bereits ein Todesopfer gefordert. Der Verteidiger des Angeklagten Santos, Dr. Stefan Szanto, ist Dienstag abend, unmittelbar nach der Verhandlung, in mysteriöser Weise ums Leben gekommen. Ueber die Einzelheiten des tragischen Todes ist bisher nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen. Doch steht fest, daß Dr. Szanto, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, wie alle übrigen Verteidiger, mit Drohbrieffen überhäuft wurde. Wenn die Verteidiger in der Verhandlung es wagten, etwas zugunsten der Angeklagten vorzubringen, oder Fragen an sie zu stellen, erhoben sich wüste Drohreden aus dem mit Beerdigungs-offizieren besetzten Zuhörerraum, ohne daß der Vorsitzende

dagegen einschritt. Der Anklagevertreter konnte sich gehalten, Dr. Szanto am Tage vor seiner Ermordung mit den wüsten und beleidigenden zu überhäufen, während vom Vorsitzenden Szanto das Wort abgeschritten wurde, als er zu entgegnen versuchte. Auch in der Presse waren die Verteidiger Gegenstand der wahnwitzigen Hebe. In demselben Tage, an dem Dr. Szanto starb, erschien in dem Organ der christlich-nationalen Vereinigung ein Artikel gegen die Verteidiger, der mit der Drohung schloß:

Nach der heutigen Erwiderung werden wir die weitere Rolle der Verteidiger mit gesteigertem Aufmerksamkeits verfolgen, da die Verteidiger, wie es scheint, nicht so sehr an der Erforschung der Wahrheit mitwirken, als vielmehr nach außen Stimmung machen wollen.

Die „gesteigerte Aufmerksamkeit“ hat bei einem der Verteidiger nun bereits tödlichen Erfolg gehabt. Diese Bluttat ist eine neue Mahnung an die Arbeiterschaft, den Vorkott Szanto-Ungarns mit aller Schärfe fortzusetzen.

lagen für eine neue europäische Wirtschaft zu schaffen, bei der alle geüben oder wenigstens existieren können.

### Der alldeutsche Gassenbubenstreich.

#### Die Unterlassungsschuld des Polizeipräsidenten.

Berlin, 15. Juli. (National.) Der Zwischenfall, der sich gestern am französischen Nationalfeiertage am Pariser Platz ereignet hat, ist heute in einer Kabinettsitzung erörtert worden. Dabei wurde mitgeteilt, daß die französische Botschaft auf ihre Absicht, den Tag in der auch früher geübten Weise zu feiern und die Platte auf dem Botschaftsgebäude zu hissen, am Vortage hingewiesen und Sicherheitsmaßnahmen angedeutet hatte. Das Polizeipräsidentium Berlin war vom auswärtigen Amt unter ausdrücklichem Hinweis auf die politische Bedeutung der Angelegenheit ersucht worden, zur Verhütung jeglicher Störungen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Um so schärfer ist die Unzulänglichkeit zu verurteilen, mit der die Maßnahmen des Polizeipräsidenten getroffen oder durchgeführt worden sind.

Das Kabinett war sich in der entschiedensten Verteilung des Zwischenfalls einig. In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des preussischen Kabinetts herrschte Einmütigkeit darüber, daß die vom preussischen Minister des Innern bereits suspendierten schuldigen Beamten sofort zu entlassen seien.

Die ohne Kenntnis der Reichsregierung und der preussischen Regierung von der Sicherheitspolizei ausgegebene Darstellung, wonach sich französische Offiziere und Mannschaften provozierend benommen hätten, hat sich nicht bestätigt.

### Die Durchführung der Entwaffnung.

#### Vorbereitung der notwendigen Gesetze.

Die Nachrichtenstelle des Reichsministeriums des Innern teilt mit:

Auf verschiedene Anfragen sind wir in der Lage mitzuteilen, daß die Reichsregierung zur Ausführung der hinsichtlich der Entwaffnung in Spa übernommenen Verpflichtungen die erforderlichen gesetzlichen und Verwaltungsmassnahmen eingeleitet hat. Die zur Ausführung berufenen Stellen werden baldigst nähere Nachrichten erhalten. Einzelne Massnahmen vorweg zu ergreifen, erscheint hiernach unzumutbar.

### Deutschnationale Abrechnung.

#### Sabotage droht ein Misstrauensvotum an.

Da die Deutsche Volkspartei in der Regierung sich der Logik der Tatsachen beugen muß, bleiben für verantwortungslose Agitationspolitik, die früher von beiden Rechtsparteien gemeinschaftlich gemacht wurde, nur die Deutschnationalen übrig. In der „Post“ kündigt denn bereits auch Herr Sabotage mit drohender Miene an:

Warum die Regierung, wie es heißt einstimmig, die neuen Erpressungen angenommen hat, wird sie nach ihrer Rückkehr vor dem Reichstag zu verteidigen haben. Befremdlich mißt es an, daß auch die im Kabinett sitzenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei sich dem Diktat der Entente scheinbar widerstandslos gebeugt haben. Als sich die jetzige Regierung mit ihrem Programm vorstellte, enthielten sich die Deutschnationalen bei der Vertrauensfrage der Stimme. Sie wollten den Gang der Ereignisse abwarten, insbesondere den Verlauf von Spa. Das letzte Wort ist dort allerdings noch nicht gesprochen. Was sich aber bis jetzt übersehen läßt, ist kaum geeignet, das Maß des Zutrauens in deutschnationalen Kreisen der Regierung gegenüber zu stärken.

So rächt sich heute an der Deutschen Volkspartei, was sie selber an der alten Koalition gesündigt hat.

### Verbrecher.

Dies Bild aus den Reden und Gleichnissen des Tschuang Tse, die von Martin Buber ausgewählt, im Insel-Verlag erschienen sind, will zeigen, wie Menschen „Verbrecher“ werden.

Poh-Tschü war ein Schüler Lao-Tse. „Loh uns,“ sagt er zu ihm, „in die Welt gehen.“

„Kein,“ antwortete Lao-Tse, „die Welt ist überall ebenso, wie du sie hier siehst.“

Als er aber wieder einmal drängte, fragte ihn Lao-Tse: „Womit willst du die Wanderschaft beginnen?“

Poh-Tschü sagte: Ich will mit dem Staate Tschü beginnen. Da will ich die Leichen der gerichteten Verbrecher aufdecken. Ich will sie fassen und sie auf ihre Höhe setzen. Ich will meine Kleider abnehmen und sie drein kleiden. Ich will zum Himmel schreien und ihr Los beklagen. Ich will rufen: Ihr Männer, ihr Männer! Verwirrung war auf Erden, und ihr wart die ersten, die hineinfielen! Ich will sprechen: „Wart ihr denn in Wahrheit die Räuber? Wart ihr denn in Wahrheit die Vörder?“ Ehre und Schande wurden eingeführt, und das Uebel folgte. Reichtum wurde angehäuft und der Streit begann. Das Uebel, das eingeführt wurde, der Streit, der angehäuft wurde, peinigen den Menschen und nehmen ihm die Ruhe. Wo ist da ein Entinnen?

Die Herrscher der Vorseit schrieben alles Belingen dem Volke, alles Mitleiden sich selber zu. Was recht war, mahnen sie dem Volke, was unrecht war, sich selber bei. Wenn ein Schaden geschah, rügten sie sich selber. Nicht so die Herrscher dieser Zeit. Sie verhehlen ein Ding und rügen, die es nicht sehen können. Sie legen gefährliche Arbeiten auf und strafen, die sie nicht zu unternehmen wagen. Sie verhängen überschwere Lasten und züchtigen, die sie nicht zu tragen vermögen. Sie befehlen überlange Märsche und erschlagen, die nicht standhalten.

Und da das Volk müde, daß seine Kräfte all dem nicht gewachsen sind, nimmt es seine Zuflucht zum Betrage. Denn wo so große Lüge herrscht, wie sollte da das Volk nicht listig sein? Wenn seine Stärke nicht ausreicht, nimmt es seine Zuflucht zum Betrage. Wenn sein Wissen nicht ausreicht, nimmt es seine Zuflucht zur Täuschung. Wenn sein Besitz nicht ausreicht, nimmt es seine Zuflucht zum Raube. Und wer ist es, der solchen Raubes Schuld und Verantwortung trägt?

Wolfgang Kellers dreißigster Todestag ist heute. In Zürich starb der Dichter, dessen hundertsten Geburtstag das deutsche Volk im vorigen Sommer dankbaren Gedankens beging. Nun werden mit dem Ablauf dieses Jahres die Werke für den Abdruck frei, die längst zu den ersten großen Schätzen volkstümlicher Dichtkunst gehören. Starke Gedichte und herrlichste Erzählungen, und wir meinen, trotz der Väterteuerung wird es, muß es Wege geben, sie neuen dreien Schichten der Volksmassen zugänglich zu machen. Keller war einer, der aus einem Lebenskampf voller Ironie und Bitterkeit, voll körperlicher und geistiger Not, in eiserner

### Sie haben noch nicht genug.

Während die süddeutschen Bauern gegen eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in dem Maße, wie sie das Reichsernährungsministerium für gut befinden hat, protestieren, beklagt sich die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Großagrarien, um den Freiherrn von Wangenheim darüber, daß diese Preise zu gering seien. Sie beklagt sich über die angebliche „Konfiskation der Unternehmergewinne“, verweist nach altem Rezept auf die hohen Auslandspreise und nimmt, um auch die besonneneren Elemente noch zu fördern, ihre Zuflucht zur agitatorischen Verzerrung des Sachverhaltes. Sie schreibt:

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß aus Ermägungen, die mit tatsächlichen, sachlichen Gründen nichts zu tun haben (!), der Landwirtschaft in der Frage der Preisgestaltung abermals eine Behandlung zuteil geworden ist, die sie als wirtschaftlichen Paria im deutschen Volke erscheinen läßt. Während ringsum alles, was produziert und mehr noch, was nur verkauft, zum Teil phantastische Gewinne (auch der Arbeiter, der wegen Betriebsstörungen drei Tage wöchentlich feiern muß und auch sein Brot essen muß? — Red. v. A.) erzielt, wird der Landwirtschaft die Erfüllung von Zusagen, auf die sie seit Beginn des Jahres ihre Wirtschaft eingeleitet hat, vorenthalten, wird ihr zugemutet, zu einem erheblichen Teil unter den Gestehungskosten (!) zu produzieren. Und das geschieht wider die bessere Ueberzeugung der behördlichen und sachverständigen Stellen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ verschweigt, daß der Getreidepreis deshalb niedrig gehalten werden muß, weil die Brotpreise nicht erhöht werden dürfen. Sie geht in ihrem Agitationsbedürfnis so weit, zu behaupten, es wäre ja für den Verbraucher unerheblich, ob der Roggen 1450 oder 1400 Mk. die Tonne kostet, bloß weil das Reichsernährungsministerium die windige Erklärung abgegeben hat, die Brotpreise blieben unverändert (wie lange, hat man klugerweise dabei nicht gesagt!).

Tatsächlich ist es so, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bereits mit den veröffentlichten Preisen die Befugnisse überschritten hat, die es aus der Annahme der Mindestpreisverordnung durch die Abgeordneten herleiten durfte. Es hat die Indertabelle falsch angewandt und aus eigener Machtvollkommenheit einen Höchstpreis festgesetzt. Der für den Monat März einem Preis von 1200 Mk. pro Tonne Roggen entsprechen würde; es hat also entgegen der unzweideutigen Stellungnahme des volkswirtschaftlichen Ausschusses, der im März schon einen Preis von 1100 Mk. abgelehnt hat, die damaligen, von der Volkvertretung gebilligten Preise nachträglich noch oben korrigiert. Aus lauter Sorge um die Großagrarien hat es einen Getreidepreis festgesetzt, an den wir es erinnern werden, noch ehe der Sahn dreimal gekratzt hat.

Aber das sind Dinge, auf die später einzugehen sein wird. Heute genügt die Feststellung, daß die Preise für Getreide zu hoch sind. Solange der Brotpreis nicht erhöht wird, mag das hingehen.

Die Großagrarien aber, nach deren Anträgen im Monat März der Roggen heute sogar schon 2400 Mk. kosten sollte, haben allen Grund, den Mund zu halten. Es ist ihnen von dem eng mit ihnen verwachsenen Reichsernährungsministerium bereits mehr gehalten worden, als die Volkvertretung in der Mindestpreisverordnung versprochen hatte — für ihre unerlässliche Rastgier aber natürlich noch viel zu wenig. Ihr Verhalten unterscheidet sich in nichts von den Unabhängigen, die aus Obstruktionsgelüste das Ermächtigungsgesetz zu Fall gebracht haben. Jene wollen noch größere Gewinne, diese verzichten auf die Beeinflussung der Getreidepreise, beiden ist es im

Selbstmord zu dem Amte aufstieg, das ihn über den Tod hinaus den Reichen der immer fortwirkenden volkstümlichen Erzieher zugehört. Zwei Säulen hatte sein Vertrauen auf das Volk: das Gewissen und die Kraft. Er war ein Humanitätsdenker und Freiheitsdränger, der immer seiner Pflicht bewußt war, in der Schaffung des öffentlichen, politischen Lebens sein gutes Teil zu wirken, und dichterisch-handelnd fand er die Spuren, die ihn (Max Horkheimer) hat das im vorigen Jahre in einer guten Schrift dargelegt, zu den Vorläufern eines europäischen Geistes stellt, der unsere kulturelle Zukunft zu sichern haben wird.

Eine Volkstheater Nordens ist in Vankow als neues Theaterunternehmen gegründet worden. Sie will eine Publikumsorganisation schaffen, der künstlerische gute Vorstellungen zu billigen Preisen geboten werden sollen. Die künstlerische Leitung wurde den Direktoren Verich und Goldberg vom Neuen Volkstheater übertragen. Als Vorstand zeichnen Dr. Richard Eisner und Carl Kern. Mit Hauptmanns „Vibergs“ soll die Bühne am 1. Oktober ihre Tätigkeit beginnen. Ein Weiteres wird zunächst nicht mitgeteilt, was vielleicht darauf schließen läßt, daß diese Volkstheater Nordens sich irgendwie wesentlich von der großen Berliner Volkstheater unterscheidet. Dann aber müßte es um so mehr Verwunderung erregen, daß dieses neue Unternehmen den Namen Volkstheater für sich in Anspruch nimmt. Wir sind der Meinung, diesen Namen dürfte auf Groß-Berliner Boden nur eine Gründung benützen, die durch organisierte Verbindung mit der Volkstheater ein Anrecht besitzt, den in jahrzehntelanger Arbeit erworbenen künstlerischen und volkswirtschaftlichen Auf dieser Theatergemeinde für sich wirken zu lassen. Da aber folgt eine Verbindung nicht existiert, wird die neue Gründung sich nicht wundern dürfen, wenn ihr der Vorwurf zuteil wird, daß sie die große umfassende Arbeit der Volkstheater durch Bestrebungen löst, die auf eine Abspaltung und Hemmung der Entwicklung hinauslaufen. Diese Annahme scheint uns hier um so mehr am Platze, da Vankow ein eigenes Theater, in dem sich vollständige künstlerische Leistungen in fortgesetzter Folge bieten ließen, nicht besitzt. Wir werden ja hören, welchen Arbeitsplan das neue Unternehmen sich setzen wird. Natürlich ist die Gründung an sich wieder ein Zeichen, daß die schreitende Kraft der Volkstheaterbewegung sich rege entfaltet. Aber wer ihr ein erster Träger sein will, hat die Pflicht, zu sorgen, daß von Anfang an der kleine Teil in nichts außerhalb des großen Ganzen handle.

Die Reform der Hochschule für Musik, die jetzt unter den neuen Leitern Schreyer und Schünemann begonnen hat, wird die Neugründung einer Chorschule zur Ausbildung von Chorleitern und Chorregenten unter Leitung von Siegfried Däß, und die Neugründung einer Opernschule mit dreijähriger Ausbildung unter Ludwig Hoerch bringen. Der Opernschule wird eine Opernschule unter Mitarbeit des Chorverbandes der Staatsoper und unter der Leitung von Hoerch und Hugo Hädel angegliedert werden und auch eine Orchesterschule sowie der Ausbau der Kapellmeisterschule kommt in Sicht. Eine Ausbreitung der Lehrkräfte der bisherigen Abteilungen und die Erweiterung der Lehrgebiete ist gewiß. Vom nächsten Winter an wird die Hochschule auch Konzerte veranstalten. Das wird mit seiner Chorische vier Abonnementskonzerte geben (mit der Missa solennis, Bachschen Kantaten) und Orchesterkonzerte mit Schreyer, Kammermusikabende werden

Gründe egal, ob über kapitalistischer Rastgier der einem oder dem „radikalen“ Getreide der andern, Tausende, die schon heute den Brotpreis nicht zahlen können, völlig verelenden, verhungern . . .

### Der Landbund als Lügenquelle.

#### Vom Landarbeiterstreik in Pommern.

Von zuständiger Stelle wird den BKA geschrieben: Die vom Pommerschen Landbund in reichem Maße mit Nachrichten versorgten Zeitungen bringen über die Lage des Landarbeiterstreiks aus durchsichtigen Gründen durchweg tendenziös einseitige Mitteilungen, die ein vollkommen falsches Bild geben. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß im ganzen Regierungsbezirk Stettin Ruhe herrscht. Die zur Beilegung des Streiks auf Veranlassung des Landwirtschaftsministers Braun eingesetzten Schlichtungsausschüsse haben ihre Tätigkeit begonnen und sehen sie fort. Im Kreise Ustedom-Bollin kam eine Einigung bereits zustande. Für die Kreise Regenwalde, Rügen und Ramin ist Termin der Einigungsstelle für die ersten Tage der nächsten Woche vorsehen.

### Etatsberatungen im Reichsrat.

In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Reichsrats dankte der bayerische Gesandte v. Preger namens der Ländervertretung in einer Kundgebungrede den Grenzwohnern für das treue Festhalten der Abstammungsgebiete am gemeinsamen Vaterland.

Man trat dann in die Tagesordnung ein. Gegen den Beschluß des Reichstags bezüglich Neuregelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn erhob der Reichsrat keinen Einspruch. — Weiterhin wurde angenommen die Verordnung des Reichspräsidenten über die Befolgung der Reichsbeamten in Verbindung mit der Befolgungsordnung selbst und dem Nachtragset für die Reichsbeamten mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsbanddirektoriums. Die Ausschüsse haben nur unerhebliche Änderungen vorgenommen. Das Bedenken, daß die Reichsbeamten günstiger gestellt würden als die anderen Beamten in der neuen Befolgungsordnung, wurde von Vertretern des Reichsbanddirektoriums damit entkräftet, daß die Reichsbeamten ein kaufmännisch arbeitender Betrieb sei und daher auch ihre Angehörigen entsprechend den Verhältnissen in den kaufmännischen Betrieben bezahlen müsse. Durch den Nachtragset wird der Beamtenlohn der Reichsbeamten um weitere 500 Röpfe vermehrt.

Der vorläufigen Ortsklasseneinteilung stimmte der Reichsrat zu. Die Regierung hat versprochen, mit unrichtiger Beschleunigung an die Neueinteilung der Ortsklassen auf Grund neuer statistischer Erhebungen heranzutreten. — Vom Nachtragset wurden noch die Etats des Auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichschatzministeriums und des Postministeriums erledigt. Dem Etatsgesetz wurde ein Paragraph hinzugefügt, wonach die in Zugang kommenden und freizwerbenden Beamtenstellen unrichtig mit bereits vorhandenen, in anderen Verwaltungen entbehrlich gewordenen Beamten, namentlich solchen aus besetzten Gebieten, zu besetzen sind. — Das Kohlensteuergesetz wurde unter Aufhebung eines früheren Beschlusses des Reichsrats nunmehr bis zum 31. Juli 1921 verlängert.

Präsidentenwahl im bayerischen Landtag. In der ersten Sitzung des neugewählten Landtages wurde Abgeordneter Königbauer (Bayr. Lpt.) zum Präsidenten, Abgeordneter Erhard Kner (Soz.) zum 1. Vizepräsidenten und Abgeordneter Gohler (U. S. P.) zum 2. Vizepräsidenten gewählt. In der morgigen Sitzung soll die Ministerpräsidentenwahl stattfinden.

Riß gewordenen Justiz. Zur Zeit des Sozialistengesetzes wurde ein Sozialdemokrat wegen einer Satire, aus der nur ganz entfernt eine Anspielung auf die nicht genannte Person des Kaisers herausgehoben wurde, zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Jetzt erhielt ein Ombudsman Hertel, Hauptmann a. D., der offen und öffentlich den Reichspräsidenten Ebert als betrunkener Säufler bezeichnet hatte, vom Liegnitzer Schöffengericht — 100 Mark Geldstrafe. — Wie mild doch plötzlich die Justiz Verleumdungen der höchsten Reichsstelle beurteilt, seitdem an dieser ein Sozialdemokrat steht!

vorbereitet. So werden die neuen Kräfte eine wirksame Verbindung mit dem öffentlichen Rüstleben erfinden.

Lena Christ Selbstmord. Daß die Münchner Schriftstellerin Lena Christ freiwillig aus dem Leben schied, wird vielen, die sich bei so tragischen Vorgängen mit einem Blick auf die letzte Folge von Ursache und Wirkung begnügen, genug begründet scheinen mit der Entdeckung des Biberfeldens, das diese Frau eine Zeitlang betrieben hatte. Aber wie viel seelische Mühsal zu diesem letzten Entschluß freiwilligen Hinwegens des Lebens geführt haben kann, lassen jetzt die Ausführungen erhellen und erkennen, die der Gatte Lena Christ, Peter Jerusalem, in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht. Wir können leider nicht die ganze psychologisch spürende Würdigung wiedergeben, müssen uns mit Andeutungen begnügen.

Peter Jerusalem meint, daß hier eine verfehlte Erziehung gewirkt habe, die eine unglückliche krankhafte Anlage nicht zur Verfestigung, sondern im Gegenteil zu lebhafter Entfaltung gebracht habe. Der Versuch, gewaltsam zu brechen, was nur eine tiefere, von Liebe getragene Einsicht hätte geradebiegen können, drängte dieses Wesen in die Einsamkeit ab, so daß es am Ende hilflos sich selbst überlassen blieb. Rettung hätte nach Jerusalem Ansicht die Umwertung der dunklen Triebe ins Künstlerische bringen können, aber Lena Christ geriet aus einem falschen Kreis in den andern, geriet schließlich in ein für ihr Wesen ganz unmögliches Eheverhältnis, das ihr nichts gab als ein Verleben mit falschem Glanz der Neugier, wo nur die Ausfüllung der Leere ihres Innern ihr geben konnte, was sie brauchte. Die zweite Ehe erschloß ihr den Weg zu solcher befreienden Entfaltung. Ihre schriftstellerische Begabung wurde erkannt und führte zu Worten ursprünglicher Kraft und tiefen Erlebens. Jerusalem nennt die Romane „Mathias Bichler“ und „Der Waldhoferbald“. Dann kam der Krieg und ließ sie in neue Wirren, die verhängnisvoll enden sollte und nicht mehr zu lösen war, als sie sich ihren Verstrickungen in neuem christlichen Arbeiten entziehen wollte.

Lena Christ ist dem Schicksal vieler Kriegerfrauen verfallen, die gegen das Alleinsein seelisch nicht gefestigt waren, und der Bruch der Ehe während des Fernseins des Gatten im letzten Kriegsjahre wurde schließlich zur völligen Trennung. Was das für sie bedeutete, stellt der verlassene Gatte nun so dar: „Jener andere zog sie mit hinein in das leidige Leben seiner Art, ohne sieeres Bewußtsein für ihr eigentliches Wesen. Sie aber hatte in dieser unglücklichen Verstrickung alle innere Ruhe und die notwendige Sammlung zum Arbeiten verloren und so stand sie eines Tages vollkommen mittellos da. Das ungeheure verlorene Leben verlangte ein rasches Handeln und so geriet sie jeder Hemmung beraubt, blind und unüberlegt auf die schiefen Bahnen. Das ist ihr das erste Mal glückte, wurde ihr Verhängnis, und alles, was sie in den letzten Wochen ihres Lebens tat, war nur ein Mittel, die ersten Schritte wieder gut zu machen. Sie sah das hohe Gebirge, das sie aufgeführt hatte, über sich zusammenstürzen und sie unter seinen Trümmern begraben und suchte in der Verzweiflung zu retten, was zu retten war. In diesem Zustand hat sie vollkommen jedes Verständnis für die Tragweite ihrer Auserwählungen und Handlungen verloren.“

Daß sie überhaupt diese Bilder, die zu sehen ich in der Polizei jetzt Gelegenheit hatte, unter den klingen Namen verlaufen konnte, erscheint einem einfach unfaßlich. Die ersten Fälschungen sind so rasch gemacht, daß sich jeder gewiegte Fälscher hüten würde,

# Groß-Berliner Stadtparlament.

## Vorstandswahlen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Einheitsgemeinde Berlin hatte gestern ihre konstituierende Sitzung. Bei der Begrüßungsansprache des Alterspräsidenten Genossen Pfannkuch konnten Stadtverordnete der rechten Seite es sich nicht verwehren, ihren Verdruß über das Zustandekommen der Einheitsgemeinde in Zwischenrufen zu bekunden. Als dann zur Wahl des ersten Vorstehers geschritten wurde, übernahmen die Demokraten die Rolle der Opposition. Die Unabhängigen, die als stärkste Fraktion den Posten zu besetzen hatten, schlugen Dr. Wehl vor. Ein Antrag auf Wahl Dr. Wehls durch Zuzufam von der — rechten Seite des Hauses. Widerspruch erhoben die Demokraten, und so wurde Zettelwahl nötig. Sie hatte das sehr beachtenswerte Ergebnis, daß der Unabhängige Dr. Wehl außer den Stimmen seiner Fraktion und denen der Sozialdemokratischen Fraktion auch eine beträchtliche Zahl Stimmen bürgerlicher Stadtverordneter auf sich vereinigte. In der Rede, mit der er sein Amt übernahm, versprach er Objektivität und hat um Nachsicht bei Fehlern. Das weckte die Erinnerung an bekannte Vorlesungen aus seiner bisherigen Vorsteherstätigkeit in Berlin. Bei der Wahl von drei Vorsteherstellvertretern mit gleichen Rechten wurden die drei nächststarken Fraktionen berücksichtigt, die Sozialdemokratische Fraktion, die Fraktion der Deutschen Volkspartei, die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei. Für die Sozialdemokratische Fraktion kandidierte nicht Genosse Heimann, weil er im Reichstag als Vorsitzender des Hauptausschusses harz in Anspruch genommen ist. Auf seinen Vorschlag wurde Genosse Bruns gewählt. Ferner wurden gewählt Benedek aus der Deutschen Volkspartei und Fabian aus der Deutschnationalen Volkspartei. Nachstehend der Bericht:

Alterspräsident Pfannkuch berief zu provisorischen Schriftführern die Stadtv. Bruns (Soz.) und Leib (N. Soz.) Zu Stimmzählern wurden Hittgen (Soz.), Kanasse (N. Soz.) und Merien (Dem.) bestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet der Alterspräsident an die Versammlung folgende Begrüßungsansprache: Eublich ist es erreicht, der sehnlichste Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung des Wirtschaftsgebietes Groß-Berlin ist in Erfüllung gegangen, die Einheitsgemeinde ist Tatsache geworden. Das gleiche Wahrschicksal hat das feste Fundament, auf dem

das Selbstverwaltungsrecht der Einheitsgemeinde ruht. Die widerstreitenden Interessen der einzelnen Glieder werden nicht über Nacht erlöschen, aber für den Ausgleich, der hier und da sich nötig machen sollte, wird das freie Wahlrecht dann das Korrektiv bilden. Das gemeinsame Streben soll dahin gehen, daß alles Trennende fortgeräumt, das Bindende und Ausgleichende gefördert wird. Dieser Arbeit zu dienen, darauf ist die Organisation der Einheitsgemeinde zugeschnitten, sie bietet der Ausgleichung Raum in den Bezirksversammlungen.

Ich will nicht unerwähnt lassen, daß der geüblichen Entwicklung der Selbstverwaltung der Einheitsgemeinde durch die Steuerreform ein Stoßel genommen ist, der bisher überwunden und verdrängt wurde. Diese unerwartete Debatte ist nunmehr geschlossen; Einkommen- und Vermögenssteuer werden ausschließlich vom Reiche erhoben. Damit ist das Gesteuer der Abwanderung leistungsfähiger Steuerzahler nach bestimmten Vororten beseitigt. Leider sind die Verhältnisse anormal; Millionenwerte hat die Kriegszeit vernichtet, Millionen schaffender Hände sind auf immer der allein Verleischaffenden Arbeit entzogen; ein harter Bruchteil des Volkes ist entlehrt von allem Notwendigen. Wir leiden Mangel an ausreichender Nahrung, Kleidung und Wohnung, wir werden schwer

erdrückt von einer riesigen Steuerlast. Wenn sich trotzdem das Volk mit Wohl an den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens heranwagt, in dem Bewußtsein, daß nur intensive Arbeit mit Fähigkeit und Ausdauer zum Ziele führen kann, so muß jedermann vor solcher Tätigkeit Hochachtung haben. Wir sind berufen, dem werktätigen, schaffenden Volk führend

Beg und Ziel zu weisen, in gemeinsamer Arbeit den Aufbau der Einheitsgemeinde zu fördern; möge unserer gemeinsamen Arbeit Erfolg beschieden sein! (Beifalliger Beifall.)

Auf Antrag Lüdicke (Dnat. Rp.) wird § 1 der Geschäftsordnung dahin geändert: „Den Vorstand der Versammlung bilden der Vorsteher und 3 Vorsteher-Stellvertreter mit gleichen Rechten.“ § 4 erhält die Fassung: „Die Wahl des Vorstehers und seiner Stellvertreter kann auch durch Zuzufam erfolgen, wenn hiergegen auf keiner Seite Widerspruch erhoben wird.“ Mit diesen Modifikationen gelangt die Geschäftsordnung en bloc zur Annahme.

Darauf schritt man zur Wahl des Vorstandes.

Zubeil (N. Soz.): Im Auftrag der N. Soz., der stärksten Partei dieses Hauses, schlage ich Ihnen den Herrn Kollegen Dr. Wehl als Vorsteher vor.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Ueber den Wahlmodus entsteht anscheinend ein Zweifel. Dobe (Dem.): Wenn nicht Zuzufam beantragt wird, muß Zettelwahl erfolgen. — Von den Deutschnationalen wird Wahl durch Zuzufam beantragt. Dobe widerspricht. Zubeil: Wenn hier Zettelwahl vorgenommen wird, kann bestehen ein Widerspruch, auch bei den drei Stellvertretern. Angesichts des Widerspruchs muß die Wahl durch Stimmzettel erfolgen.

Von 171 Zetteln sind 28 weiß, die 143 gültigen Stimmen sollen sämtlich auf Dr. Wehl. Die Verkündung des Ergebnisses wird mit lautem Beifall bei den N. Soz. begrüßt.

Dr. Wehl erklärt die Annahme der Wahl, übernimmt den Vorsitz und spricht zunächst dem Alterspräsidenten den Dank der Versammlung für seine Geschäftsführung aus. Dann dankt er für das ihm durch die Wahl bewiesene Vertrauen, das er rechtfertigen werde durch eine

objektive und unparteiische Führung der Geschäfte; er bittet, ihn durch freundliche Nachsicht und allseitige Mitarbeit in seinem verantwortungsvollen Amt zu unterstützen.

Die Wahlbewegung habe den Klassenkampf in hohen Wellen aufbrauchen lassen, und diese Kämpfe würden auch vor diesem Saale nicht halt machen; sie seien zu überwinden nur, wenn sie klar und deutlich öffentlich ausgetragen werden. Die Mehrheit der Bevölkerung habe durch die Wahl die Ueberzeugung bekundet, daß dem Problem der gemeindlichen Sozialisierung theoretisch und praktisch nähergetreten werden müsse.

Nicht Chaos, nicht Anarchie, sondern Plan und System müsse in unsere Wirtschaft hineingetragen werden.

Das alte Berlin ist tot, es lebe das neue Berlin! (Beifall und Händeklatschen.)

Die Versammlung schreitet zur Wahl der drei Stellvertreter.

Zubeil: Wir wollen keine Geschäftspolitiktreiben. Der Ausfall der Wahl hat uns voll und ganz befriedigt. Wir ziehen unsern Widerspruch gegen die Affirmationswahl der drei Stellvertreter zurück; und zeigen damit wieder einmal, daß wir besser sind als unser Ruf. (Heiterkeit — „wieder einmal“ ist gut. D. Neb.)

a. Ehrens (D. Rp.) schlägt Benedek, Heimann (Soz.), Bruns, Lüdicke (Dnat.), Fabian zu Stellvertretern vor. Die drei Genannten werden durch Zuzufam gewählt und nehmen die Wahl an.

Zu Beisitzern werden ebenfalls durch Zuzufam gewählt: Merien, Frau Demming, Frau Hoppe, Frau Romm, zu Stellvertretern Frau Ludwig, Frau Schulze, Galle, Schütte.

Sodann wählt die Versammlung einen Ausschuß von 25 Mitgliedern zur Vorbereitung der

Wahl der Magistratsmitglieder,

in dem ist die Soz. Partei durch Franz, Heimann, Ritter und Bernau vertreten.

Auch ein Ausschuß von 20 Personen für die Wahlprüfungen wird gewählt.

Der erstgenannte Ausschuß tritt Sonnabend um 5 Uhr zusammen. Nachdem noch das Berliner Gemeindeblatt zum Publikationsorgan der Beschlüsse der Versammlung gewählt ist, wird die Sitzung gegen 17 Uhr geschlossen.

# Groß-Berlin

## Umgestaltung des Rettungswesens.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, abgesehen von nie ganz ausbleibenden Mängeln, das Rettungswesen Berlins als mustergültig zu betrachten ist. In der Zukunft gilt es nicht nur diese Einrichtung zu erhalten, sondern sie auch auszuwehnen auf alle die Orte, welche im kommenden größeren Berlin vereinigt werden und denen solche Einrichtungen bisher noch fast gänzlich fehlen. Inwiefern dieses verwirklicht werden kann, das wird abhängen von organisatorischen Fähigkeiten, von dem guten Willen aller Beteiligten und von den Mitteln, welche für diesen Zweck verfügbar sein werden.

Wir wissen heute schon, daß auch das größere Berlin mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird und daß wir uns auch später der größten Sparsamkeit werden befleißigen müssen. Die Mittel, welche heute schon für das Rettungswesen aufgewendet werden, erscheinen so bedeutend, daß sie auch in Zukunft kaum vermehrt werden dürften. Es gilt also, organisatorisch so zu arbeiten, daß die bisher aufgewendeten Mittel in Zukunft ausreichen, um den Ausbau über das größere Berlin vornehmen zu können.

Nun hat kürzlich der ärztliche Direktor des Berliner Rettungswesens, Herr Dr. Frank, die Pläne für den Ausbau des Rettungswesens in Berlin der Zukunft entwickelt. Diese Pläne laufen darauf hinaus, die Rettungswachen unter Anlehnung an vorhandene Krankenhäuser so zu verteilen, daß sie dem vorhandenen Bedürfnis vollständig genügen, aber weniger Kosten als bisher verursachen. Es würde danach möglich sein, einen Teil der kostspieligen Rettungswachen eingehen zu lassen und dafür andere in günstiger gelegenen Krankenhäusern zu etablieren. Mit den auf diese Weise erzielten Ersparnissen glaubt man dann auch in entlegeneren Gegenden zweckentsprechende Einrichtungen schaffen zu können.

Bei dem regen Interesse, welches die Ärzteschaft dem Ausbau der öffentlichen Gesundheitspflege entgegenbringt, war es kein Wunder, daß diese Pläne sofort unter die Lupe genommen und eifrig diskutiert wurden. Man spricht schon von einer Verletzung der berechtigten Interessen der verletzten Arbeiter, von einer Schädigung der öffentlichen Gesundheitspflege und nur so nebenbei von einer Schädigung der ärztlichen Interessen. Letzteres natürlich nur so nebenbei, denn wir sind es ja gewöhnt, daß ärztliche Interessen stets hinter dem öffentlichen Wohle zurückstehen, und finden dieses auch ganz natürlich.

Soweit allgemeine Interessen in Frage kommen, glauben wir die Deffentlichkeit beruhigen zu können, denn wie oben schon ausgeführt, besteht keineswegs die Absicht, die Möglichkeit zur Erlangung ärztlicher Hilfe in Rettungswachen zu mindern, sondern sie nur zweckentsprechender zu legen. Ein Vorhaben, welches von allen Kreisen der Bevölkerung nur begrüßt werden kann und weitestgehende Unterstützung finden dürfte. Wir hoffen auch diese Unterstützung in den beteiligten Ärzteskreisen zu finden, um so mehr als eine Verlegung ihrer Interessen nicht beabsichtigt ist. Werden Rettungswachen eingehen, so werden an anderen Stellen neue Einrichtungen entstehen, welche den etwa freiwerdenden Ärzten Beschäftigung bieten werden.

Schließlich wird es auch Aufgabe der Zukunft sein müssen, den ärztlichen Dienst in den Rettungswachen so auszubauen, daß derselbe nicht fast ausschließlich Bereitschaftsdienst ist, sondern daß er auch Gelegenheit findet, sich so weit als möglich praktisch zu betätigen. Bisher liegt es damit sehr im argen. Gewiß sind die den Herren gewährten Honorare nicht hoch und werden es auch mit den neuesten Zulagen nicht sein. Anders liegt aber die Sache, wenn man die aufgewendeten Summen in Vergleich stellt mit dem erreichten Nutzen. Dann erscheinen die Beiträge außerordentlich hoch. Wenn es hier gelänge,

werde. Er müsse wohl in die Stadt und ein viel schlimmeres Verhör und sonstige Widerwärtigkeiten erdulden?

Geißler war nicht mehr der gleiche wie vorher, nein, die unständliche Erzählung hatte ihn ermüdet, er schien schläfrig zu werden, — was nun auch der Grund sein mochte; ob vielleicht der Geist vom Morgen nicht mehr über ihn war? Er sah auf seine Uhr, stand auf und sagte: „Das muß gründlich überlegt werden, ich will darüber nachdenken. Du sollst meine Antwort bekommen, ehe ich abreise.“ Damit ging Geißler.

Gegen Abend kam er nach Sellanraa zurück, als ein wenig und ging zu Bett. Er schlief bis tief in den Tag hinein, schlief und ruhte aus, er war wohl ermattet nach der Zusammenkunft mit den schwedischen Grubenbesitzern. Erst zwei Tage nachher machte er sich zur Abreise fertig. Da war er wieder großartig und überlegen, bezahlte reichlich und schenkte der kleinen Rebekka ein neues Kronenstück.

Isak hielt er eine Rede und sagte: „Es ist ganz unerle, daß es jetzt nicht zu einem Verkauf gekommen ist, das wird schon noch werden. Vorläufig lege ich den Betrieb dort oben lahm. Das waren rechte Kinder, sie meinten, mich übers Ohr hauen zu können. Fast du gehörst, daß sie mir fünfundsiebenzigtausend boten?“ — „Ja,“ sagte Isak. — „Nun,“ erwiderte Geißler und schenkte mit einer Kopfbewegung jede Art von Schandangebot und jeglichen Staubform weit weg. „Es schadet dem Bezirk hier oben gar nichts, wenn ich den Betrieb lahmlege, im Gegenteil, es wird die Leute veranlassen, ihr Land zu bebauen. Aber drumten im Dorf, da wird man's merken. Es ist ja im Sommer viel Geld unter die Leute gekommen, schöne Kleider und süßen Brei gab's für jedermann; damit ist's jetzt aus. Siehst du das Dorf hätte wohl gut Freund mit mir sein können, dann wäre es vielleicht anders gegangen. Jetzt habe ich zu gebieten.“

Er sah nun allerdings nicht so aus, als ob er über viel zu gebieten hätte; als er ging, trug er ein Mädchen mit Mundborrat in der Hand, und seine Weste war nicht mehr blendendweiß. Vielleicht hatte ihn seine gute Frau mit dem Rest der vierzigtausend Kronen, die sie einmal erhalten hatte, für diese Reise ausgestattet, Geißler weiß, ob das nicht der Fall war. Aber nun kommt er kahl heim!

(Fortf. folgt.)

## Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Aber eine viel wichtigere Sache, die er mit Geißler besprechen wollte, lag Axel Ström auf dem Herzen. Es war jetzt eine Unterredung im Gang gegen Barbro. Ja, natürlich war die Sache herausgekommen, Barbro war guter Hoffnung gewesen, aber sie war krank und frei und ohne Kind von hier abgereist. Wie hing das zusammen? Als Geißler vernahm, um was es sich handelte, sagte er kurz und gut: „Komm mit!“ und führte Axel weit von den Gebäuden weg. Dann setzte er eine äußerst wichtige Miene auf und benahm sich wie eine Art Obrigkeit. Sie setzten sich am Waldeskaum nieder, und Geißler sagte: „So, nun laß mich hören!“

Natürlich war die Sache herausgekommen, wie hätte es auch anders gehen können! Die Gegend war nicht mehr menschenleer, und außerdem war Oline gekommen. Was hatte Oline mit der Sache zu tun? O, die! Und außerdem hatte sich Brede mit ihr verlobt. Jetzt war an Oline nicht mehr länger vorbeizukommen, sie wohnte an Ort und Stelle und konnte Axel selbst allmählich ansprechen; sie lebte ja für verdächtige Sachen, ja sie lebte zum Teil davon, da war also wieder etwas mit der richtigen Bitterung! Eigentlich war Oline jetzt zu alt, um Haus und Vieh auf Maaneland zu versorgen, sie hätte es ausgeben sollen, aber konnte sie das? Hätte sie einen Ort, wo ein so großes Geheimnis verborgen lag, ruhig verlassen können? Sie brachte die Winterarbeit fertig, ja sie schändete sich auch noch den Sommer hindurch, es kostete sie große Anstrengung, und sie hielt sich nur durch die Aussicht aufrecht, einer Tochter von Brede etwas nachzuweisen. Raum fing im Frühjahr der Schnee an zu schmelzen, so fing sie an zu schnuppen und zu wittern, so fand sie den kleinen Hügel am Bach und erkannte sofort, daß der Rasen in Stücken aufgelegt war; sie hatte auch eines Tages das Glück gehabt, Axel zu treffen, wie er das kleine Grab festtrat und es ebnete. Axel wachte also auch von der Sache. Oline nickte mit ihrem grauen Kopf, jetzt war ihre Zeit gekommen.

Nicht Axels wegen. Axel war gar kein ungueter Mann, um bei ihm zu sein, aber er war sehr genau und zählte seine

Räte und wachte Bescheid von jedem Büschel Wolle. Oline hatte durchaus nicht freie Hand. Und bei der Rettung letztes Jahr, hatte sich Axel da als Herr gezeigt und sich freigebig erwieisen? Nein, im Gegenteil, er bestand auf seiner Teilung des Triumphes. Jawohl, sagte er, wenn Oline nicht gekommen wäre, so hätte er in der Nacht ersteren müssen, aber Brede sei ihm auf dem Heimweg auch eine gute Hilfe gewesen! Das war der Dank! Oline meinte, da müsse sich der Allmächtige über die Menschen empören! Hätte nicht Axel eine Kuh am Strid ergreifen, sie herausführen und jagen können: „Das ist deine Kuh, Oline!“ Aber nein.

Jetzt kam's darauf an, ob's ihn nicht mehr kosten würde als eine Kuh.

Den Sommer über dachte Oline jeden einzelnen Menschen ab, der vorbeiging, sie pläsierte mit ihm und nickte und vertraute sich ihm an „Aber kein Wort weiter!“ gebot sie. Oline war auch ein paarmal drumben im Dorf. Und nun schwirrte es mit Gerüchten in der Gegend, die waren wie ein Nebel, der sich um die Gesichter legt und in die Ohren dringt, selbst die Kinder, die auf Beobachtend in die Schule gingen, gingen an zu nicken und geheimnisvoll zu tun. Schließlich mußte sich auch der Schultze rühren, mußte Bericht erstatten und seine Befehle entgegennehmen. Eines Tages kam er mit einem Begleiter und einem Protokoll na Maaneland und untersuchte und schrieb und ging wieder heim. Aber drei Wochen danach kam er wieder und untersuchte und schrieb noch mehr, und diesmal öffnete er auch einen kleinen grünen Hügel am Bach und holte die Kindesleiche heraus. Oline war ihm dabei eine unentbehrliche Hülfe, und als Entgelt für ihre Mühe mußte er ihre vielen Fragen beantworten, und da sagte er unter anderem auch, ja, es könnte schon noch die Rede davon sein, Axel zu verhaften. Da schlug Oline die Hände zusammen über all die Schändlichkeit, in die sie hier hineingekommen sei, und wünschte sich weg, weit weg! „Aber sie, die Barbro“ pläsierte sie. — „Das Mädchen Barbro ist verhaftet in Bergen,“ sagte der Schultze. „Die Gerechtigkeit muß ihren Gang gehen,“ sagte er. Dann nahm er die Rede mit sich und ging.

Es war also nicht verwunderlich, daß Axel in großer Spannung war. Er hatte dem Schultze seine Aussagen gemacht und nichts gelernt. Das Kind war sein, und er hatte ihm mit eigener Hand ein Grab gegarben. Nun erkundigte er sich bei Geißler, wie es wohl weitergehen

die öden Stunden des ergebnislosen Wartens mit praktischer Arbeit auszufüllen, so läge das nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, sondern auch der Herren Ärzte selbst. Also keine Verringerung der Möglichkeit zur Erlangung ärztlicher Hilfe ist beabsichtigt, ebensowenig eine Schädigung der ärztlichen Interessen. Beabsichtigt ist dagegen, eine Vermehrung der Rettungstellen, vor allem eine bessere Verteilung über das kommende größere Berlin und eine praktische Verwendung der öffentlichen Mittel.

An der Erreichung dieses Zieles ist die gesamte Einwohnererschaft interessiert. Wir dürfen daher auch auf eine allgemeine Unterstützung, vor allen Dingen der beteiligten Ärzteschaft hoffen.

### Der Spudnapf.

Nehmen Sie an der Ueberschrift, bitte, keinen Anstoß, liebe Leserin, denn eigentlich handelt es sich gar nicht um einen Spudnapf. Es soll vielmehr von einem etwas die Rede sein, das alles andere ist, aber fälschlicherweise zu einem Spudnapf gemacht wird. Und dieses Etwas ist unser schönes Berlin, sind seine ehemals so sauberen Straßen und schmunzende Bläse.

Es gibt eine ganz bestimmte Zeit im Jahre, in der ein Gang über die Straße, sei es nun eine solche im Zentrum der Stadt oder „f. m. d.“ an ihrer Peripherie, geradezu eine Gefahr ist. Nicht wegen der Straßenbahn oder des Autos, auch nicht etwa, weil man einen Ueberfall befürchten muß. Ganz etwas anderes verursacht die Gefahr — eben das Spudnen in den Spudnapf. Der leidet nicht.

Die gefahrvollernde Zeit ist dann gekommen, wenn an allen Straßenecken, in allen einwühligen Gassen die Kirische feilgeboten werden: „Satzatz wie die Nacht und süß wie Zucker!“ Wenn man sich von hundert Fassonien — trotz der hohen Preise — nicht vorübergehen können, ohne ein Pfund zu erstehen. Dagegen ist nichts zu sagen.

Soweit hat also die Sache ihre Ordnung, aber dann geschieht das, was nicht in der Ordnung ist. Dann wird eine Kirische nach der anderen in den Mund gesteckt und ebenso oft sorglos bald nach der, bald nach jener Seite der Stein in elegantem Bogen auf das Pflaster geschleudert. Wer sich an Kirischen sattgeessen hat, der nimmt zur Stachelbeere seine Zuflucht und giert mit Eifer die Straße mit der ausgelegenen Schale.

Ohne Zweifel ist dieses Verfahren sehr einfach und vor allen Dingen bequem. Aber wieviel Opfer erfordert diese Unsitte jährlich. Wieviel Menschen brechen sich Arm und Bein, weil sie über den Kirischenstein oder die leere Stachelbeerschale fallen, die lebendwüchtige Mitbürger dem großen Spudnapf Berlin einberleiben.

Es wäre endlich einmal Zeit, daß sich jeder mit etwas mehr Verantwortungsfähigkeit auch in dieser Beziehung wappnet und seinen Gefühlen nicht allzusehr freien Lauf läßt. Denkt doch an unsere armen behinderten Kriegsinvaliden, für die diese Leichtsinnigkeit besonders gefährlich wird! Aber dann bedenkt auch, daß Berlin wirklich kein Spudnapf ist.

Wenn Ihr, liebe Mitbürger, schon Kirichen oder Stachelbeeren essen müßt, in Gottes Namen, tut es, soviel Euch Euer Portemonaie und Magen erlauben. Aber dann verfehlt die Ueberreste lieber in Eure Tüte, nehmt sie mit heim und verbrennt sie, oder werft sie in den Müllhaufen, aber nicht auf die Straße.

Vielleicht entschließt sich der Magistrat einmal, in den Straßen nach dem Muster anderer Städte Papierfärbe aufzustellen. Dann dürft Ihr aber ganz bestimmt nicht mehr solche halbbrecherischen Gefahren für andere Leute heraufbeschwören, Ihr leidenschaftlichen Obster!

Nur dieses Jahr habe ich die Hoffnung auf eine Besserung bereits aufgegeben. Am stillen aber habe ich schon ausgedacht, wann es keine Kirichen und keine Stachelbeeren mehr gibt, wann man sorgloser die Straße passieren kann, wann man sich nicht mehr die Mühe zu geben braucht, mit jedem Schritt einen Kirichen zu zertrümmern. Da lese ich plötzlich — nach in Gedanken darüber verfallen — über dem Wagen eines Straßenhändlers die Worte: „Plakaten Band 2 K.“ Und alle Freude war zerronnen, alle Hoffnung zerstört!

### Die Kartoffelorgen der Städte.

Gegen die hohen Mindestpreise und den freien Handel.

Am Hinblick auf die außerordentliche Gefahr, in der die städtische Kartoffelversorgung für den nächsten Winter steht, hat der Deutsche Städtetag an den Reichsernährungsminister eine Eingabe gerichtet. Diese Eingabe wendet sich vorab gegen den von der Regierung festgesetzten unmäßig hohen Mindestpreis von 25 M. für den Zentner Kartoffeln, welcher selbst in landwirtschaftlichen Kreisen als übertrieben betrachtet wird. Es bedeutet eine nicht erträgliche Zumutung an die Städte, zu einem solchen Preise, zu dem nach dem neuen System noch ein Zuschlag von 5 M. tritt, sich für das ganze Jahr einzudecken, während der freie Handel in die Lage gesetzt wird, die städtischen Kartoffeln nach Belieben zu unterbieten. Das damit verbundene Risiko kann sich für die Gesamtheit der deutschen Städte auf Milliarden Mark belaufen.

Auf der anderen Seite kann aber auch, so fährt die Eingabe fort, der freie Handel sofort nach der Ernte oder später die milden Auswüchse und Preissteigerungen zeitigen, die wir bei den anderen freigegebenen Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln erlebt haben und jetzt bei Obst, Gemüse und Frühkartoffeln von neuem erleben. Das würde bei dem wichtigsten Nahrungsmittel einen nicht zu beschreibenden Wirrwarr, eine Vermehrung der Sterblichkeit, wie beispielsweise im Jahre 1916/17, und eine furchtbare Steigerung der inneren Gefahr bedeuten. Unmöglich kann die Regierung dem rationales entgegenzusetzen, sich darauf beruhend, daß das neue System nur einmal eingeführt sei.

Daher beantragen die Städte:

1. daß die endgültige Entscheidung über die Freigabe der nicht zur Ausführung der Verordnung vom 21. Mai 1920 betragsmäßig gesicherten Kartoffeln erst erfolge, wenn der Stand der Ernte eine genügende Versorgung und Wintererntebedeckung der Bevölkerung über jeden Zweifel stellt;
2. daß die Regierung jederzeit bereit steht, die schärfere Wirtschaft wieder einzuführen, wenn die geregelte Versorgung zu erträglichen Preisen auf dem neuen Wege nicht erreicht wird;
3. daß die Regierung auch ihrerseits Vorräte ansammelt, um den notleidenden Verbrauchergruppen damit zu Hilfe zu kommen.

### Siedlungs- und Wohnungswesen in Groß-Berlin.

Am Mittwoch traten auf Anregung des Schlichtungsausschusses der Gewerkschaften und des Gemeindevorstandes der deutschen Beamtenerschaft unter dem Vorsitz des Geschäftsführers des Wohnungsverbandes Groß-Berlin, Stadtbaurat a. D. Deutzer, die am Groß-Berliner Siedlungs- und Wohnungswesen

beteiligten Vereinigungen und Wohnungspolitiker zusammen, um Organisationsvorläufe der Stadtkonferenzberatsammlung zu unterbreiten.

Einmütigkeit bestand darüber, daß die Lösung der beiden großen Aufgaben auf diesem Gebiet im nächsten Jahrzehnt: Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungslebens einerseits und volkswirtschaftliche Reform des Groß-Berliner Siedlungs- und Wohnungswesens andererseits nur mit einer Organisation möglich sein wird, die die vielseitigen Fragen des Siedlungs- und Wohnungswesens in schlagkräftiger Einheitlichkeit zusammenfaßt. Nach eingehenden Beratungen einigte man sich auf den nachstehenden Organisationsplan.

In der Zentralverwaltung sind alle für das Siedlungs- und Wohnungswesen wichtigen Angelegenheiten möglichst unter einer Deputation, der Zentraldeputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen zusammenzufassen, um Einheitlichkeit und Schlagkraft der städtischen Siedlungs- und Wohnungspolitik zu sichern. Es kann der Zentraldeputation überlassen bleiben, in sich Unterausschüsse zu bilden.

Die Aufgaben der Zentraldeputation würden zweckmäßig zu umfassen haben: Bauwesen, Städtebau, Anliegerstraßen, Vermessungswesen; Bauordnungswesen, Baupolizei, Baubehörden; Bodenpolitik, Bodenanläufe, Bodenverwertung, Kleingartenwesen, Grünflächenwesen, Freizeitanlagen, Spielplatzbeschaffung; Bekämpfung der Wohnungsnot, Not- und Behelfsbauten, Dauerbauten, Bauzuschüsse, Baukostenbeschaffung, Finanzierung von Siedlungsgesellschaften, Koalitionsfragen; Wohnungspflege und Mieterrecht.

Den Vorsitz in der Zentraldeputation führt ein Fachmann als beauftragtes Magistratsmitglied, der zugleich der Generalleiter des Zentralamts für das Siedlungs- und Wohnungswesen ist. In dem alle Aufgaben der Deputation bearbeitet werden. Das Zentralamt gliedert sich nach Abteilungen, die von Spezialfachleuten als Direktoren geleitet werden, die Sitz und Stimme in der Deputation haben. Die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben wird sich in den geeigneten neuzeitlichen Wirtschaftssystemen zu vollziehen haben. Um ein inniges Zusammenwirken zwischen Siedlungs- und Verkehrsdepartement zu gewährleisten, muß der Vorsitzende der Siedlungsdeputation, fändiges Mitglied der Verkehrsdeputation sein.

In den Bezirksverwaltungen sind für die gleichen Aufgaben je eine Bezirksdeputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen und ein Bezirksamt für das Siedlungs- und Wohnungswesen zu bilden, die nach den Richtlinien der Zentraldeputation und des Zentralamts arbeiten.

### Erschließung neuer Wassergewinnungsgelände.

Die den städtischen Wasserwerken zur Verfügung stehenden Wassergewinnungsgelände, und zwar sowohl diejenigen, welche zurzeit bereits durch die bestehenden Wasserwerke ausgenutzt werden, wie auch die noch nicht ausgenutzten (Gelände in Helligsee und Stolpe) werden für die Zukunft nicht dazu ausreichen, um Berlin voll mit Grundwasser versorgen zu können, wenn von dem Grundgedanken ausgegangen wird, daß die Ausdehnung des Grundwasserbestandes in solchen Grenzen gehalten wird, daß eine nachhaltige Erschöpfung des Grundwasserbestandes und eine Schädigung öffentlicher und allgemeiner Interessen als Folge übermäßiger Grundwasserentnahme vermieden werden sollen.

Da für die Beurteilung des Grundwasserbestandes und seiner Eignung für Wassergewinnung in dem Umfange des Berliner Bedarfs jahrelange Beobachtung nötig ist, so haben die städtischen Wasserwerke bereits jetzt die Prüfung der Verhältnisse im Osten von Berlin, speziell im Bezirk der Oberförsterei Erlener, ins Auge gefaßt. Dieses Gewinnungsgelände gewinnt dadurch besonderes Interesse, da die dort eintreffende Grundwassererschließung mit dem bestehenden Werk Müggelsee in Verbindung gebracht werden kann und daß die in diesem Werke eingehenden baulichen Arbeiten in späterer Zeit in weitem Umfange als dies zurzeit geschieht, ausgenutzt werden könnten.

Mit den Probe- und Beobachtungsbohrungen soll alsbald begonnen werden, für die hierdurch entstehenden Kosten und für die Ausführung von Vorarbeiten zur Feststellung des Grundwasserbestandes im Osten von Berlin beantragt der Magistrat bei den Stadtkonferenzen die Bewilligung von 200 000 Mark.

### Die Lohnbewegung der Maler.

Eine Jubiläumsversammlung des Verbandes der Maler hörte am Donnerstag den Bericht über die städtischen Verhandlungen, die geforderte Teuerungszulage betreffend. Kaiser gab den Bericht und führte unter anderem aus: Am 9. Juli sei man mit den Arbeitgebervertretern zu Verhandlungen zusammengekommen. Die Unternehmer erklärten sofort, sie hätten ein gebundenes Mandat, jede Lohnhöhung der Maler abzulehnen. Trotz zweifelhaftem Verhandeln kam man nicht weiter. Immer wieder wurde von Seiten der Unternehmer betont, der Verus könne keine weitere Lohnhöhung tragen. Auch nach einer viertelstündigen Sonderberatung unter sich blieben die Arbeitgebervertreter bei ihrer strikten ablehnenden Erklärung. Sie gaben noch kund, daß die größten Firmen in einer Versammlung beschlossen hätten, für Berlin vorläufig von einem Lohnabbau abzusehen. Das war das einzige Resultat.

Die Funktionärship der Maler, die sich dann mit der Angelegenheit beschäftigte, sagte keinen Bescheid.

Am 13. Juli hat sich noch eine Plenarversammlung der Arbeitgebergruppe Berlin auf Wunsch der Arbeitervertreter mit den Forderungen beschäftigt. Auch diese Versammlung hat die Forderungen abgelehnt. Trotzdem haben einzelne Berliner Firmen, die voll beschäftigt sind, sich mit ihren Arbeitnehmern auf Lohnzulagen geeinigt.

Es folgte eine lebhafteste Debatte, in der verschiedene Redner sehr bedauerten, daß in einer früheren Versammlung der Antrag auf sofortigen Streik nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreichte. Auf das Beispiel der Töpfer, durch partielle Streiks der gegebenen Situation Rechnung zu tragen, wurden die Versammelten von mehreren Seiten hingewiesen.

Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, daß überall bis spätestens Sonnabend abend Werkstatteversammlungen stattfinden sollen, um Stellung zu der Situation zu nehmen. Bis Montag mittig spätestens muß das Verbandsbureau im Besitz der Berichte aus den einzelnen Werkstätten sein, damit der Vorstand seinerseits Stellung nehmen kann.

### Die Arbeiter-Samariterkolonne Nowatow

berankert am Sonntag nachm. 2 Uhr eine öffentliche Übung im Carl Schellberg unter Leitung ihres Kolonnenführers Dr. Philippsberg. Da an der Übung alle dem Kreis Brandenburg angeschlossenen Kolonnen des Arbeiter-Samariterbundes teilnehmen, dürfte sie geeignet sein, den Fortschritt des Arbeiter-Samariterwesens darzutun. Wir laden daher alle Körperkassen, die Interesse an dem Fortschritt des Arbeiter-Samariterwesens haben oder sich selbst daran beteiligen möchten, ein, dieser Übung beizuwohnen.

Seider scheint in der Bevölkerung von Nowatow nicht bekannt zu sein, daß auch die Arbeiter-Samariterkolonne erforderliche Transporte bei Unfallsfällen ebenso sachgemäß wie die Rote-Kreuz-Kolonne auszuführen in der Lage ist und auf Wunsch ausführt, nur mit dem Unterschied, daß ihre Mitglieder verpflichtet sind, diese Transporte unentgeltlich auszuführen und nicht hinterher Rechnungen zulenden dürfen.

Wir bitten dieses zu beachten und bei vorfallenden Fällen sich an Genossen Ernst Veysermann, Nowatow, Hüttenstr. 9, zu wenden.

Unfallmeldestellen unserer Kolonne befinden sich bei Hieme, Ballstr. 55 und bei Stadloff, Keilstr. 6.

### Dreitägige Ferienwanderungen für Berliner Kinder

veranstaltet die „Freie Turnerschaft Berlin“ für Knaben und Mädchen im Alter von 12—14 Jahren. Die Kosten werden zum größten Teil vom Verein getragen. Dadurch ist auch Kindern armer Familien Gelegenheit gegeben, sich einige Tage fern der Großstadt in fröhlicher Wanderfahrt die Schönheiten der Mark Brandenburg anzusehen. Anmeldungen sind umgehend in folgenden Turnhallen zu machen: Säden: Voelckstr. 17/20, 1. Knaben-Abt. Mittwoch und Sonnabend, 1. Mädchen-Abt. Montag und Donnerstag. Roden: Demminer Str. 27, 2. Knaben-Abt. Dienstag und Freitag, 2. Mädchen-Abt. Montag und Donnerstag. Osten: Petersburger Str. 4, 3. Knaben- und Mädchen-Abt. Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr.

**Katung, Fernsprechnnehmer!** Um den Fernsprechnnehmern die Beschaffung des einmaligen Beitrags von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß und von 200 Mark für jeden Nebenanschluß zu erleichtern, ist zwischen der Reichspostverwaltung und der Deutschen Volkssicherung A.G. in Berlin-Schöneberg ein Abkommen getroffen worden. Danach zahlt die Deutsche Volkssicherung auf Antrag des Fernsprechnemers an dessen Beitrag und erhebt dafür von ihm eine einmalige Einschreibgebühr von 2 v. H. des Beitrags und eine laufende Vergütung, die sich nach dem jeweiligen Lombardkurs der Reichsbank richtet; sie beträgt zurzeit 3 1/2 v. H. Der Teilnehmer hätte also, wenn er von dem Angebot Gebrauch macht, für 1000 Mark einmalig 20 Mark und laufend jährlich 33 Mark aufzubringen. Andere Unkosten, von einmaligen Stempelkosten abgesehen, entstehen für ihn nicht. Anträge sind, wenn die Aufzählung zur Zahlung des Beitrags erfolgt, an die Vermittlungsanstalten zu richten, die das weitere veranlassen und die Vergütungen eingehen.

Ein großer Spielklub wurde in der Heilbronner Str. 7 ausgerufen. Der Klub tagt dort im zweiten Stockwerk bei Landsherg. Die festgestellte werden konnte, zahlten die Teilnehmer für eine Nacht Beiträge von 1200 bis 2000 M. Wiese. An der Heilbronner Straße war der Wohnungsinhaber abwesend. Diese Gelegenheit hatte der Klub benutzt, um die Räume der Spielgesellschaft zur Verfügung zu stellen. Die Spielgeräte wurden beschlagnahmt und die Hauptunternehmer unter dem Verdacht, das Glücksspiel gewerbemäßig betrieben zu haben, der Staatsanwaltschaft vorgeführt, gegen die übrigen Personen wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Der persönliche Verkehr des Publikums mit den Wohnungsnachweiser der 10 Wohnungsinventionen wird für die Dauer von 4 Wochen (vom 19. Juli bis 15. August) gesperrt, um die rüchständigen Gesuche, die sich in außerordentlichem Maße gehäuft haben, aufzuarbeiten. Dringende Gesuche sind schriftlich einzureichen.

### Groß-Berliner Parteinahrichten.

Heute, 16. Juli:

Jungsozialistische Vereinigung, Ortsgruppe Nickerlede. 7 1/2 Uhr. im Jugendheim, Albrechtstr. 14a: Vortrag über „Katholiken der Welt“.

Königswälderhauener. 7 1/2 Uhr. im Rahnholshotel: Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Hüsch: „Die politische Lage“.

Berlin. Die Mitgliederversammlung im Juli fällt aus.

Morgen, 17. Juli.

18. Abt. 5 Uhr: Sitzung der Bezirksführer, Betriebsvertrauensleute und Ortsvereine bei Tiedle, Kaiser Str. 5.

### Jugendveranstaltungen.

Heute 7 1/2 Uhr:

Charlottenburg. Jugendheim, Koenigsstr. 4. Vortrag: Was ist Kommunismus? — Moabit. Jugendheim, Waldenstr. 20. Diskussionsabend. — Neukölln. Jugendheim, Vogelfstr. 53. Vortrag: Revolutionäre Dichtungen. — Cken. Jugendheim, Strahmannstr. 20. Vortrag: Alkohol und seine Gefahren. — Pantow. Jugendheim, Hohlstr. 131. Anabenmittelschule. Vortrag: Was will der Verein Arbeiterjugend? — Säden. Jugendheim, Wilmstr. 10. Diskussionsabend: Jugend und Partei. — Treptow-Panamschulweg. Jugendheim, Eilenstr. 3. Diskussion: Sport und Arbeiterjugend.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Samariter-Kolonnen Berlin e. V. Abteilung Panfom. Nächster Lehrenden heute 7 Uhr im Jugendheim Panfom, Gaudardstr. 32. — Bezirkskolonnen Westen und Osten: Sonntag großer Dienst im Stadion. Anreisen dabei um 9 Uhr für Kolonne Westen und 1 Uhr für Kolonne Osten. — Dienstfreie Kolonnen sollen sich am Sonntag 1 Uhr möglichst zahlreich an der städtisch beginnenden Kreisübung im Schloss Babelsberg beteiligen. Zeitsicht 4.30 Uhr: Vortrag für Reichsanstaltsmitglieder. — Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Bezirk II. Cken. Großes Wohlthatigkeits-Sommerfest am Sonntag im Restaurant Samanenburg, Stralau, Tunnelstraße. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Eintrittskarten, à 1,50 M., sind an der Kasse zu haben. Für schwerbeschädigte Kameraden stehen referierte Stroghahnwagen ab 3 Uhr Schließigen Bahnhof sowie für die Rückfahrt ab 9 Uhr Stralau zur Verfügung.

### Gerichtszeitung.

Verurteilungen beim Reichswerk Spandau.

Vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts III fanden gestern wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung von 100 000 Mark der Kaufmann Fritz Jordan und seine Geliebte Helene Böhm wegen Heberelei. Der Angeklagte, der bei dem Dätienwert der Reichsverhältnisse im Spandau als Kassierer tätig war, ist bereits mehrfach wegen Unterschlagung verurteilt. Der Kluge Angeklagte machte er die kostbarsten Geschenke, kaufte ihr Brillanten und Perle, so daß in wenigen Wochen sein Vermögen von 55 000 Mark vergebend war. Am Beginn er die zur Anlage stehenden Unterschlagungen, die ihm infolge ungenügender Kontrolle sehr leicht gemacht wurden. Er schickte eine Zahlungsanweisung über 130 000 Mark auf die Summe von 180 000 Mark. Von dem Gelde machte er seiner Freundin wieder kostbare Geschenke und gab ihr 40 000 Mark. Er verlebte in den teuersten Weinstuben und gab das Geld mit wollen Händen aus. Vor dem Gericht war Jordan gesundig, während die Angeklagte Böhm angeblich, sie habe gesteuert, es mit einem reichen Schieber und Revolutionärgewinner zu tun zu haben. Das Gericht sah jedoch als erwiesen an, daß die Angeklagte die Herkunft des Geldes gekannt habe und verurteilte sie zu einem Jahre Gefängnis, dagegen wurde Jordan zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Beide Angeklagte wurden sofort verhaftet.

Die Gerichtstermine, welche mit dem heutigen Tage begonnen haben, haben in diesen Jahre keine erhebliche Veränderungen in dem Geschäftsbetrieb der Moskauer Strafgerichte mit sich gebracht. Die Ursache dieser eigenartigen Erscheinung ist in der laßlichen Zunahme der Kriminalität und der damit verbundenen zahlenmäßigen Steigerung der Strafaktionen zu suchen. Die Moskauer Gerichte sind so stark überlastet, daß bei den Landgerichten nur je eine bzw. zwei Strafkammern während der Ferien eingezogen worden sind. Die Schöffengerichte, von welchen jetzt schon Termine für den Monat Dezember angelegt werden, tagen familiär, abgesehen von denjenigen Abteilungen, welche die wirklich nicht als „Eilgesch“ zu bezeichnenden Privatbeleidigungen zu erledigen haben. Von den Strafkammern und den Straf-abteilungen der Schöffengerichte werden in erster Linie die Papi-sachen erledigt, da das Moskauer Unterzuchungsgefängnis so überfüllt ist, daß schon ein Teil der Unterzuchungsgefangenen in der Strafanstalt Lebrerstraße, sowie in Högensee und Tegel untergebracht werden mußten. —





# Was ist in Spa geschehen?

Verhandlungsgang seit Mittwoch.

V. S. Spa, 15. Juli. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Pongsam beginnt sich der Schiefer über den Ereignissen des gestrigen Tages zu lüften. Man weiß nunmehr, daß am Mittwoch ein eigentliches Ultimatum nicht gestellt worden, sondern nur in der Unterredung zwischen Lloyd George und Simons ungewissenhaft angekündigt worden war. Die Vorgeschichte dieser Unterredung ist wegen ihrer entscheidenden Bedeutung erwähnenswert. Welche Seite wünschten sie, aber die Spannung war derart, daß es kaum möglich schien, sie herbeizuführen. Die Alliierten waren tatsächlich über das Auftreten von Stinnes sowie dessen offiziellen entscheidenden Einfluß auf die deutsche Delegation ernstlich besorgt, andererseits konnte Lloyd George unmöglich Millerand preisgeben, zumal er offenbar durch die vorherigen Beschlüsse von San Remo, Syde, Boulogne und Brüssel ziemlich fest gebunden war. Ferner deckten sich bei allen sonstigen Divergenzen die Interessen des Kohlenhandlars in dieser Spezialfrage mit denen Frankreichs. Unter diesen Umständen war die Stellung Millerands derart hart, daß er seinen stärksten Trumpf — nämlich Hoch — auszuspielen konnte, ohne auf irgendwelchen Widerstand im eigenen Lager zu stoßen. Auf der anderen Seite hatte sich die deutsche Delegation festgerannt, namentlich seitdem Hue, Pieper und Ambusch Montag abgereist waren, stand sie unter Stinnes' Einfluß. Dieser im Verein mit den Herren des Kohlenhandlars legte systematisch die Regierung auf einen unnaheligen Standpunkt fest, ohne daß letztere der Entente gegenüber ihre Entschlossenheit betonte. Die Gegenseite mußte zu der Schlußfolgerung gelangen, daß nicht Simons, sondern Stinnes der eigentliche führende deutsche Aushändler sei.

Nun hatte Stinnes von vornherein durch sein — von unserer Rechtspreffe gefeiertes — bewußt provozierendes Auftreten die Gegenseite stark verstimmt. Stinnes spielte ein gewagtes Spiel. Dabei verstand er es sehr geschickt, die ursprüngliche grundsätzliche Uebereinstimmung mit den Bergarbeiterführern auch nach deren Abreise für sein forciertes Spiel auszunutzen. Dies aber wäre nicht so schlimm gewesen, wenn die Delegation die Trennungslinie zwischen Kohlenfachverständigen und politischen Unterhändlern scharf gezogen hätte. Dies aber geschah immer weniger. Minister Simons, obwohl er als ehemaliger geschäftsführender Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie ein eigenes Urteil haben konnte, geriet zweifellos zu sehr unter den Einfluß von Stinnes, er hielt dessen Gutachten für ein Evangelium und besaß dies auch immer deutlicher der Entente gegenüber. Dies schuf eine Situation, die unausweichlich entweder zum völligen Rückzug Millerands, das heißt letzten Endes der gesamten Entente, oder, was viel wahrscheinlicher war, zum Bruch mit allen seinen Folgen führen mußte.

Aus dieser äußerst gespannten Lage, deren Paroxysmus mit der Berufung Hochs erreicht war, schien ein Ausweg kaum denkbar. Weiderseits aber gab es Kräfte, die ehrlich bemüht waren, das Äußerste zu vermeiden, namentlich im Hinblick auf die eingeleiteten und erfolgsversprechenden Wiederaufbauverhandlungen. Weiderseits wurde als letztes Mittel die direkte Aussprache zwischen Simons und Lloyd George erkannt und gewünscht. Die Unterredung fand Mittwoch mittag statt. In dieser ließ der englische Premierminister den deutschen Außenminister nicht im Zweifel darüber, daß die Alliierten ein Ultimatum bis Donnerstag elf Uhr stellen würden, des Inhalts, daß wir die Lieferung von zwei Millionen Tonnen annehmen oder daß bei Nichtnahme die Besetzung des Ruhrgebietes erfolgen würde. (Inzwischen ist tatsächlich Donnerstag vormittag ein interalliiertes Abkommen betreffend Besetzung des Ruhrgebietes und sogar noch weiterer Gebiete unterzeichnet worden.) Hier zeigte wiederum Simons Verhandlungsgeschick sowie Lloyd George eine vermittelnde Stellung und entgegenkommende Haltung.

Simons schloß einige Punkte auseinander, die Deutschland erhalten würden, nachzugeben. In den meisten dieser Punkte ver-

folche Vorheiten zu begehen, von denen er sich gelost hätte, daß sie am nächsten Tage schon aufkommen müssen. Und doch dies nicht geschehen ist, ist nur erklärlich in einer Zeit, die kein Augeninteresse hatte, sondern die blind zu jedem Mittel griff, um ihr Geld vor der Steuerbehörde und dem Staatsbankrott in Sicherheit zu bringen. Nur in einer Zeit, da sich Leute als Aushändler austreten, die vor einem Jahre noch mit alien Kleibern, Schuppen und ähnlichem gehandelt haben. Nur in einer Zeit, die nicht Kunst kaufen wollte, sondern nur Kamen; denn es sind auch gute Sachen unter den gefälligsten Bildern, die aber ansehnend feiner Abfah fanden, solange nicht ein lösender Name darunter stand.

Peter Jerusalem sagt diesem Bilde der Gegenwart treffend hinzu: Eine bittere Satire auf diese ganze üble Zeit hat Lena Christ in ihrem eigenen Handeln gegeben.

Der Brief Peter Gilles an Elsa Passer-Schüler, den wir kürzlich (Nr. 113) den „Weißen Blättern“ (mit einem Vorwort über mittelalterliche Lust) entnahmen, hat in Paderborn Widerspruch ausgelöst. Es handelt sich um uralte Dinge; sie wollen aber durchaus das Opfer einiger Zeilen von uns haben. Die Rede war dort von einer Paderborner Professur des Bruders von Peter Gilles und zwar, daß er sie habe aufgeben müssen, weil ihm der Bischof durch seinen Widerwillen gegen Heranziehung der sozialen Frage in die Morallehre, seine schöne Aufgabe verbat. Dies nun wird in einer Aufschrift, die wir aus Paderborn erhalten, bestritten. Bischof Schneider habe wie keiner seiner Vorgänger als Professor stets der sozialen Frage die größte Aufmerksamkeit geschenkt und habe in Philipp Gilles einen moralisch-ökologisch wie soziologisch bewährten Nachfolger sehen zu dürfen gemeint. Gilles habe aber in der Verhätigkeit völlig versagt, sei abberufen und dann wieder Pfarrer in einer großen Landgemeinde geworden, nicht Benediktiner, wie Peter Gilles ankündigt. Ein Gegenlag zwischen dem Bischof und seinem Nachfolger war also immerhin vorhanden. Ob Gilles nur durch die pädagogische Form seiner Verhätigkeit enttäuscht oder inwiefern er etwa nicht als der „in den Sozialwissenschaften auf der Höhe der Zeit stehende Fachmann“ empfunden wurde, den der Bischof in ihm gefunden zu haben glaubte, darüber wird in der Paderborner Aufschrift nicht gesagt. Es ist auch heute nicht mehr von Belang. Im allgemeinen aber ist die Ansicht wohl begründet, daß die Auffassungen eines Bischofs über die „soziale Frage“ noch einen weiten Spielraum für fortgeschrittenere und freimütigere Ansichten übrig lassen. Etwas derartiges hat offenbar auch Peter Gilles im Auge gehabt, als er den Konflikt seines Bruders streifte. Daß man aber in geistigen Fragen von Paderborn nicht eben Tagesbesuche zu erwarten hat, ist einst bekanntlich von Heinrich Heine im „Wintermärchen“ mit dem immer noch als gültig fortlebenden Verse festgestellt worden: „Die Sonne ging unter bei Paderborn“.

Wichtige altsteinzeitliche Siedlungsstellen sind am Buchberg bei Steinbach in Niederbayern von dem Schweizer Geologen A. Scharn ausgedeckt worden. Sie fügen sich nach den Funden als ein überleitendes Glied der Reihe der Neustein-Siedlungen ein, die bisher in Südfrankreich, der Schweiz, Nahrung und Kroatien ausgegraben wurden.

Der Reichskanzler Reibsch wird nunmehr die bis jetzt behaltene Stellung als Leiter der Stuttgarter Staatlichen Kunstsammlung aufgeben.

Sprach Lloyd George seine Unterstützung bei den Alliierten. Nur im ersten Teil des dritten Punktes (Auperkassierung der Delegation während sechs Monate) sowie in Punkt vier (Oberschlesien) konnte Lloyd George keine feste Zusage machen.

Während der Nacht hatte sich Simons mit Hue in Essen in telephonische Verbindung gesetzt, ihn über die neue Lage unterrichtet und gebeten, sofort nach Spa zu kommen. Hue trat, mit dem Auto von Aachen abgeholt, um die Mittagsstunde ein. Hue gab seine ausdrückliche Zustimmung zu den neuen Gegenanträgen, Stinnes und Hilger hatten namens des Kohlenhandlars diesen Gegenanträgen bereits zugestimmt. Vor der endgültigen Redigierung dieser Gegenanträge fanden Besprechungen zur Klärung einzelner Unklarheiten zwischen Professor Bonn im Namen von Simons und Sir Philipp Kerr als Vertreter von Lloyd George statt. Sodann wurden mittags durch Professor Bonn die Gegenanträge in La Feineuse überreicht mit einem privaten Begleitschreiben Simons an Lloyd George.

Am späten Nachmittag wurde nun Simons zu einer Besprechung mit Millerand und Lloyd George gebeten, über deren Verlauf an anderer Stelle berichtet wird.

## Die englisch-russischen Verhandlungen.

„Mit Wissen und Zustimmung der Alliierten...“

London, 14. Juli. (Reuter.) Bonar Law verlas im englischen Unterhaus ein langes Telegramm, das die englische Regierung an die Sowjetregierung geschickt hat. Das Telegramm besagt:

Die englische Regierung hat Kenntnis davon genommen, daß die Sowjetregierung die im englischen Memorandum vom 1. Juli niedergelegten Grundzüge als Grundlage für ein Abkommen betreffend Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und die beiderseitige Einstellung der Feindseligkeiten angenommen hat.

Die englische Regierung hat daher beschlossen, die Verhandlungen über ein Handelsabkommen fortzusetzen, sobald die russischen Delegierten zurückgekehrt sind. Die englische Regierung schlägt sofortigen Waffenstillstand zwischen Polen und Sowjetrußland vor. Die Bedingungen des Waffenstillstandes sehen vor, daß das polnische Heer sofort auf die von der Friedenskonferenz im letzten Jahre als provisorische Ostgrenze Polens festgesetzten Linien zurückgehen soll. Dann soll eine Konferenz als Friedenskonferenz in London zusammentreten, um über den endgültigen Frieden zwischen Rußland und seinen Nachbarn zu beraten. Der Konferenz würden Vertreter Rußlands, Polens, Lettlands, Litauens und Finnlands beimohnen, während Vertreter von Ostgalizien eingeladen werden sollen, um ihre Fälle vorzutragen.

Die Waffenstillstandsbedingungen besagen ferner, daß das russische Heer auf eine Linie 50 Kilometer östlich der vorläufigen polnischen Grenze stehen bleiben soll. Ein Waffenstillstand mit Brangel wird ebenfalls vorgeschlagen.

Das Telegramm fügt hinzu:

Sollte sich Sowjetrußland trotz seiner wiederholten Erklärungen nicht mit dem Rückzug der polnischen Armeen vom russischen Boden auf Grund eines Waffenstillstandsvertrages begnügen, sondern beabsichtigen, innerhalb des polnischen Gebietes feindselige Handlungen zu unternehmen, so werde die englische Regierung und die Alliierten sich für verpflichtet halten, der polnischen Nation bei der Verteidigung ihres Bestehens mit allen zu ihrer Verfügung stehenden Mitteln zu helfen.

Bonar Law fuhr fort: Die Mitteilung an die Sowjetregierung sei mit Wissen und Zustimmung der Alliierten abgeschlossen worden. Ein gleichzeitig mit der Erklärung Bonar Laws ausgegebenes Memorandum führe die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen auf, die in der Hauptsache umfassen: Weiderseitigen Verzicht auf Propaganda und besonders Verzicht der Sowjetregierung auf englandfeindliche Propaganda in Asien, sofortige Freilassung der Gefangenen in beiden Ländern und gegenseitige Anerkennung des Grundgesetzes der Entschädigung an Privatpersonen, die dem anderen Lande Güter geliefert haben.

## Die deutsch-lettischen Beziehungen.

Abchluss eines Abkommens.

Berlin, 15. Juli. Heute ist im Auswärtigen Amt zwischen Bevollmächtigten Vertretern Deutschlands und Lettlands ein vorläufiges Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland unterzeichnet worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden, von dem das Inkrafttreten des Abkommens abhängt, wird erfolgen, sobald die beiderseitigen verfassungsmäßigen Instanzen die Ratifizierung vollzogen haben werden.

## Der Militarismus der Roten.

Trotki läßt Deserteur und Desertisten erschießen.

Helsingfors, 15. Juli. (Dena.) Der Militärat der Roterepublik hat eine von Trotki unterzeichnete Tagesordnung veröffentlicht, welche Deserteur unter allen Umständen mit der Todesstrafe bedroht. Die Namen der erschossenen Deserteur, die Nummern ihrer Regimenter, die Namen und der Wohnort der Familien werden in dem Tagesbefehl der Armee bekanntgegeben. Richtig werden sämtliche Personen, die ihren angewiesenen Posten verlassen haben, die ihre Waffen wegwerfen oder ihre Militärposten verlassen, erschossen werden. Sämtliche Personen, die desatistische Propaganda betreiben oder den Rat zur Desertion geben, sowie zum Rückzug oder zur Richtersfällung von Befehlen auffordern, werden ebenfalls erschossen. Der Militärat der Roterepublik hat spezielle Abteilungen geschaffen, welche die Deserteur in der Front und in der Etappe zu verhaften haben. Diejenigen, die sich der Verhaftung widersetzen, werden ohne weiteres erschossen.

Der Militarismus zeigt überall das gleiche Gesicht, unter welchem Zeichen er auch stehen mag, ob er dem Monarchismus und Kapitalismus oder der Rätediktatur und dem Sozialismus dient. Die Kundgebung Trotkis wirkt übrigens auf die Stimmung in der russischen Armee kein gutes Licht. Sollte sie etwa mit dem Wunsche der Rätediktatur nach Frieden in einem inneren Zusammenhang stehen?

## Der polnische Protest gegen die Abstimmung.

Berlin, 15. Juli. (T. L.) Von Warschau wird ein offizieller polnischer Protest angekündigt, mit der Begründung, der Erfolg der Abstimmung vom 11. Juli sei nur den maßstablosen aus Deutschland herangeführten Abstimmungsberechtigten zu danken, zudem hätten zahlreiche Männer und Frauen abge-

stimmt, die dazu nicht berechtigt gewesen seien, wie denn der polnische Teil der Bevölkerung auch sonst durch deutschen „Terror“ verzwungen und an der Ausübung seiner Rechte behindert worden sei. Die Anschuldigung des Terrors zu widerlegen, erübrigt sich gerade den Polen gegenüber, die keine Mittel der Agitation, auch nicht die Mittel der brutalen handgreiflichen Gewalt unbenutzt gelassen haben. Der Vorwurf der Fälschung des Wahlergebnisses durch die Abstimmungsberechtigten würde die interalliierte Kommission und die bekanntlich partisch aus Deutschen und Polen zusammengesetzte Abstimmungskommission treffen. Auch von einer Stimmenhaltung der Polen kann keine Rede sein, die Zahl der wahlberechtigten Abstimmungsberechtigten, die in den Listen bezeichnet waren, betrug 420 000, abgestimmt haben rund 383 000, also 87,4 Proz. Ähnlich wie hier liegen die Dinge auch in Westpreußen.

## Die Beteiligung an der Abstimmung in Westpreußen.

Berlin, 15. Juli. (B.Z.) Die gesamte Wahlbeteiligung in Westpreußen betrug: Kreis Marienburg 90 Proz., Kreis Stuhm 84 Proz., Kreis Rosenberg 88 Proz., Kreis Marienwerder 85 Proz., für das gesamte Abstimmungsgebiet 87 Proz. Im Kreis Marienburg wurden von 20 342 Wahlberechtigten 18 046 Stimmen, im Kreis Stuhm von 29 288 Wahlberechtigten 25 296 Stimmen, im Kreis Rosenberg von 20 367 Wahlberechtigten 18 688 Stimmen, im Kreis Marienwerder von 31 947 Wahlberechtigten 27 211 Stimmen abgegeben. Die Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten betrug 120 804, die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 105 121.

## Revolution in Bolivien.

Sturz der Regierung.

Santiago de Chile, 15. Juli. (Reuter.) In Bolivien haben die Aufständischen die Regierung gestürzt. Der bisherige Präsident und die Mitglieder der Regierung haben in der amerikanischen Gesandtschaft Zuflucht gesucht. Der Führer der Aufständischen Saverdra hat die oberste Gewalt in Händen.

Santiago de Chile, 15. Juli. Aus La Paz wird gemeldet, daß die neue Regierung den Präsidenten Gutierrez, alle Minister und sechs Parteiführer, die der gestürzten Regierung treu geblieben waren, deportieren ließ.

## Richtungskämpfe in Oesterreich.

Die alte und die neue Linke.

Zur Herbst 1919 hat sich im Wiener Kreisarbeiterrat eine Gruppe zusammengeschlossen, die sich „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiter“ nennt. Nach den Anfangsbuchstaben ihres Namens wird sie gewöhnlich „Sara“ genannt und bezeichnet sich selbst gern als „die Linke“. Aber sie hebt selbst hervor, daß sie nicht identisch ist mit der „alten Linken“, die während des Krieges die damalige Opposition innerhalb der Partei organisiert hat. Im letzten Heft des „Kampf“ untersucht nun Otto Bauer die Unterschiede zwischen der alten und dieser neuen Linken, indem er ihre Grundauffassungen einander gegenüberstellt. Bauer führt dabei u. a. aus:

Der während des Krieges so scharfe Gegensatz zwischen der „alten“ Linken und der „Rechten“ innerhalb der Partei ist seit der Revolution wesentlich milder geworden. Gibt es auch heute noch Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden, so sind sie doch bei weitem nicht mehr so groß wie früher, da sich die ganze Partei die Auffassungen angeeignet hat, die während des Krieges die Linke verfochten hatte. Während aber dieser Gegensatz innerhalb der Partei überbrückt wurde, sind neue Gegensätze entstanden.

Der Krieg und der Zerfall des Wirtschaftsgebietes haben das österreichische Proletariat in furchtbares Elend gestürzt, das nur allmählich, nur im Verlauf von Jahren gelindert werden kann. War die Partei gezwungen, die Koalition einzugehen und an der Regierung teilzunehmen, so konnte die Koalitionsregierung die unentrinnbaren Wirkungen des Krieges und der Niederlage doch nicht beseitigen. Breite, dorfbende, leidende Massen, die die Schranken, die die internationalen Machtverhältnisse unserer Aktion setzten, nicht zu erkennen vermochten, verstanden die zwingenden Gründe nicht, die der Partei eine Politik zuzwartender Selbstbeschränkung auferlegten. Sie forderten die Auflösung der Koalition. Sie verloren den Glauben an die Demokratie. Sie gerieten unter den Einfluß der kommunistischen Lösungen. Der Ausbruch dieser Massenstimmung ist die „neue Linke“.

Die neue Linke erklärt, sie stehe „auf dem Boden der Rätediktatur“. Es ist dies eines jener „Rippenskeletts“ zur Rätediktatur, die Lenin jüngst so grausam verhöhnt hat; die Rippenskeletts derer, die, wie Lenin sagt, das „Votum“ der Diktatur des Proletariats den Massen „wie ein Festgeniß“ vorzutragen. In der Tat kommt es nicht darauf an, sich auf irgendwelchen „Boden“ zu stellen oder irgendein Idol aufzustellen. Es handelt sich darum, der Arbeiterschaft den gestimmten, unter den konkreten Bedingungen unseres Landes gangbaren Weg zur Macht zu zeigen. Deshalb vermahnen wir es, von der Rätediktatur zu schwächen, die in unserem Lande doch kein realisierbares Ziel ist. Wir ziehen es vor, dem Proletariat offen zu sagen, daß die proletarische Revolution in einem Lande, dessen Volk zum Hungertod verdammt ist, sobald die kapitalistischen Weltmächte ihm ihre Hilfe entziehen, nicht möglich ist; daß sie für uns erst möglich wird, wenn wir in einem größeren, wirtschaftlich stärkeren, dem Ausland nicht so völlig wehrlos ausgelieferten Wirtschaftsgebiet aufgehen. Dem bloßen Rippenskeletts zur Rätediktatur stellen wir entgegen das konkrete Kampfbild des Anschlusses an Deutschland.

Die neue Linke hat den leichteren Teil gewählt. Viele ihrer Mitglieder waren „Sozialpatrioten“, als die Massenstimmung patriotisch war, und sie sind heute revolutionär, da die Massenstimmung revolutionär ist. Wir glauben, daß der Marxismus, den die wissenschaftliche Methode Marxs und Engels zur Erkenntnis der ökonomischen und sozialen Bedingungen der proletarischen Revolution befähigt, eine andere Aufgabe hat als die, sich vorbehaltlos der jeweiligen, augenblicklichen Stimmung der Massen hinzugeben und um ihren Beifall zu buhlen. . . . Der Unterschied zwischen der alten und der neuen Linken ist nicht bloß ein Unterschied der Einsicht und Erkenntnis; er ist, dünkt uns, ein Unterschied des moralischen Wertes.

Die Ausführungen des Genossen Otto Bauer sind für uns nicht nur deshalb interessant, weil sie die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in dem uns am nächsten stehenden Zweig der internationalen Arbeiterbewegung aufzeigen, sondern weil sich auch bemerkenswerte Parallelen mit der Vorgängen in Deutschland selbst ergeben. Was Otto Bauer über die „neue Linke“ sagt, das kann sich ein großer Teil unserer Unabhängigen hinter die Ohren schreiben.

# Gewerkschaftsbewegung

## Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Hannover, 14. Juli.

Es erfolgt zunächst die Abstimmung über die zum Vorstandsbericht vorliegenden Anträge. Angenommen wird ein Antrag, der besagt, daß eine geordnete Produktion im sozialisierten Betriebe erst durch die Mitwirkung der Gewerkschaften möglich ist. Der Antrag Reimann:

„Ausgehend von den Gesichtspunkten, welche zur Gründung der freien Gewerkschaften Anlaß gaben, steht der Verbandstag auf dem Standpunkt, daß der Verband so geleitet sein muß, daß der natürliche Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und dem kapitalistischen Unternehmertum nicht künstlich unterdrückt wird. Letzteres führt dazu, daß die dem Verbandsinneren wohnende Kraft indirekt zur Erhaltung des Kapitalismus beiträgt. Die kapitalistische Form der Produktion läßt die Erfüllung der von der Arbeiterklasse aufgestellten Forderungen nicht zu. Deshalb ist auch seitens des Verbandes an dem Prinzip, daß die kapitalistische Produktionsform durch die sozialistische zu ersetzen ist, unbedingt festzuhalten.“

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (A. D. G. D.) hat arbeiterfeindliche Kriegspolitik offiziell betrieben. Der Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und sein Organ „Der Proletarier“ haben diese Politik nicht nur gebilligt, sondern in Wort und Schrift gefördert.

Der Verbandstag verurteilt aufs schärfste die Haltung dieser Körperschaften während und nach dem Kriege, er erklärt darin einen Mißbrauch seines Vertrauens, einen glatten Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, eine Preisgabe der Grundsätze des Sozialismus.“

wird in namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 136 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird eine Resolution Schmamm-Kassell, die dem Vorstand das Vertrauen ausdrückt und die Resolution Reimann ausdrücklich ablehnt. Auf Antrag Mariens-Parburg von der Revisionskommission wird dem Vorstand Entlastung erteilt.

Der Verbandstag stimmt hierauf einer finanziellen Beteiligung mit 300 000 M. am Bund sozialer Bauarbeiter zu.

Hierauf erstattet Großmann-Hannover sein Referat über:

### „Der Fabrikarbeiterverband und die Industrieverbände.“

Er führt aus: Die Anträge auf Verschmelzung mit dem Transportarbeiterverband bringen uns aus dem Grenzstreit nicht heraus. Ein Antrag will verwandte Verbände zusammenschließen. Aber welche Verbände sind denn verwandt und welche nicht? Zur Einheitsorganisation werden wir kommen mit der Weiterentwicklung der Technik. Der Versuch zur Schaffung eines Bauarbeiterverbands hätte eine völlige Umgestaltung des Gewerkschaftswesens zur Folge. Die Funktionen des Bauarbeiterverbandes sind längst in unser Agitationsgebiet eingedrungen. Sie versprechen unseren Kollegen die höheren Bauarbeiterlöhne. Die Verbände der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Bäcker wollen sich zu einem Nahrungsmittelverband verschmelzen. Zu dieser Benennung haben sie kein Recht. Es würden dazu gehören die Verbände der Fleischer, der Gastwirtschaftlichen usw., aber auch große Teile unseres Agitationsgebietes, wie Zucker-, Margarine- und Konservenindustrie. Wo gibt es überhaupt noch Grenzen? Die Bäcker haben bereits in die Margarineindustrie eingegriffen, mit der Begründung, die Margarinearbeiter gehören später doch zum Nahrungsmittelindustrieverband.

Knoll (Bundesvorstand): Im Wirtschaftsleben ist alles im Fluss und dem müssen wir uns anpassen, unter Umständen auch Liebesverträge preisgeben. Persönlich bin ich der Meinung, daß der von mehreren Gewerkschaftslongretzen niedergelagte Grundsatz: „der Beschluß der Organisationen müsse gewahrt werden,“ nicht auf ist. Wer es mit dem Rechtsgrundsatz nicht genau nimmt, wird ihn auf unrecht erworbene Gebiete anwenden. Bei Schiedsgerichts-urteilen ist der Bundesvorstand als solcher ausgeschaltet.

Nachdem mehrere Redner zu Worte gekommen sind, erklärt Knoll: Wenn der Genosse Schneider noch lebte, er würde nach meinem Dafürhalten unter den heutigen Verhältnissen die Absätze 7 und 8 anders fassen. Wenn Sie sich heute ausdrücklich auf die Resolution Schneider berufen, werden die Unionisten, Kommunisten sich darauf berufen und sagen, das wollen wir ja auch.

Nach einem Schlusswort des Referenten wird der Antrag Berlin, die Meister und Werkführer in unserem Verbands aufzunehmen, abgelehnt. Angenommen dagegen wird der Antrag, die Fortwerke als zugehöriges Agitationsgebiet im Statut aufzunehmen. Dann erfolgt die einstimmige Annahme der vom Referenten vorgelegten Resolution, die lautet:

„Der 13. ordentliche Verbandstag der Fabrikarbeiter Deutschlands erneuert den im Jahre 1912 auf dem Dresdener Verbandstag einstimmig gefassten Beschluß, der die Betriebsorganisation im Rahmen der Industrieverbände als erstrebenswerte Organisationsform anerkennt.“

Die sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung ergebenden Änderungen der Organisationsform und des Zusammenwirkens der Gewerkschaften müssen getragen sein von dem Bestreben, den Interessen der Arbeiterklasse in höherem Maße zu dienen und sie

in gemeinschaftlicher Arbeit zu fördern. Notwendig werdende Neubestimmungen der Organisationsform dürfen nur erfolgen unter Berücksichtigung der beteiligten Organisationsleitungen.

Der Verbandstag weist daher alle Bestrebungen zurück, die darauf gerichtet sind, kleinere oder größere Teile unseres Organisationsgebietes für neu zu errichtende Industrieverbände ohne unser Einverständnis in Anspruch zu nehmen oder diesen Verbänden einzuverleihen. Er verpflichtet den Vorstand, die Funktionäre und Mitglieder des Verbandes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen unberufene und willkürliche Eingriffe zu verteidigen.

Ein Antrag Frankfurt, der sich im wesentlichen der Resolution Großmann anpaßt, wird gleichfalls angenommen. Ebenso ein Antrag Mainz, der verlangt, die Arbeiter der Schaumwein- und Sektfabriken als für den Fabrikarbeiterverband zuständig zu erklären.

### Für den 6-Uhr-Ladenschluß.

Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, versammeln sich sämtliche kaufmännischen und gewerblichen Angestellten des Groß-Berliner Einzelhandels zu einer Demonstration für den 6-Uhr-Ladenschluß an folgenden Plätzen:

1. Koenigshausen Tor (Koenigshausen Straße), 2. Alexanderplatz (am Polizeipräsidium), 3. Strausberger Platz (Große Frankfurter Straße), 4. Kottbuser Tor (Kottbuser Straße), 5. Moritzplatz, 6. Wilschestr. (Planitzer), 7. Dönhofsplatz (Kommendantenstraße).

Da alle bisher unternommenen Versuche, den 6-Uhr-Ladenschluß herbeizuführen, erfolglos waren, sehen sich die Angestellten gezwungen, andere Maßnahmen zu ergreifen. Diese Demonstration soll den Anfang bilden, und es wird sich zeigen, ob die Unternehmer sowohl als auch die Behörden den gerechten Forderungen dieser Kollegen weiterhin ablehnend gegenüberstehen wollen. Die Angestellten des Einzelhandels sind sich klar darüber, daß die Behörden in dieser Frage lediglich deshalb so passiv sein konnten, weil sie von den Arbeitgebern bearbeitet wurden, die Arbeitszeit zu verlängern. Der Ausbeutungsmöglichkeit nach oben hin wollte man keine Grenze gesetzt wissen. Die Zeiten haben sich aber geändert. Die kaufmännischen Angestellten, die in dieser Frage vollkommen einig sind mit den gewerblichen, werden nicht eher ruhen und rasten, bis sie den 6-Uhr-Ladenschluß errungen haben. Die Berliner Gewerkschaftskommission, die den größten Teil des laufenden Berliner Publikums vertritt, steht der Forderung sympathisch gegenüber und hat sie bei den Behörden bekräftigt. Für die organisierte Arbeiterklasse und ihre Angehörigen besteht die Verpflichtung, die um Verlängerung ihrer Arbeitszeit kämpfenden zu unterstützen und sämtliche Einkäufe vor 6 Uhr abends zu erledigen.

Sollte der mit dieser Demonstration gegebene Hinweis nicht den gewünschten Erfolg zeitigen, so werden in nächster Zeit weitere Aktionen folgen, und zwar zu einer Zeit, die den Angestellten genehm ist. Keine Ruhe wird in den Betrieben des Einzelhandels eintreten, bis der 6-Uhr-Ladenschluß herbeigeführt ist. Alle Angestellten, die im Einzelhandel tätig sind, werden aufgefordert, sich an den Veranstaltungen für die Erringung des 6-Uhr-Ladenschlusses zu beteiligen und die Aufforderungen der hierin führenden freien Arbeitnehmerverbände, des Zentralverbandes der Angestellten und des Deutschen Transportarbeiterverbandes, zu befolgen, denn nur, wenn sie selbst Hand anlegen und für ihre Sache kämpfen, werden sie instande sein, das Ziel zu erreichen.

Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin.  
Deutscher Transportarbeiterverband (Zweig: Einzelhandel).

### Der Streik in Golpa-Bjornowitz.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Ueber die Verletzung der Arbeitsfreistelligen in der Grube Golpa und im Gletschertal Bjornowitz wird vor dem tariflichen Schlichtungsausschuss in Wittenfeld unter Beteiligung eines Vertreters der örtlichen Regierungsbehörde verhandelt. Außerdem finden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Lohnfrage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau statt, die einer der Gründe für die Arbeitseinstellungen auf der Golpagrube gewesen ist. Das Reichsarbeitsministerium behält die Angelegenheit dauernd im Auge und ist nachdrücklich bemüht, die der Berliner Bevölkerung aus der ungenügenden Stromversorgung drohenden Nachteile zu beseitigen.

### Die Opposition im Zentralverband der Angestellten.

Von der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten wird uns geschrieben:

In den letzten Wochen sind infolge des Ausschlusses einiger unserer Mitglieder Veröffentlichungen in der „Freiheit“ erschienen, die geeignet sind, von den in unserer Ortsgruppe herrschenden Tendenzen dem Uneingeweihten ein ganz falsches Bild zu geben. Zur Aufklärung der Leser gehalten wir uns daher auf folgende Tatsachen zu beziehen:

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Angestellten (früher Zentralverband der Handlungsgehilfen, Verband der Bureauangestellten und Verband der Versicherungsangestellten) hatte es nicht nötig, erst durch die Kollegen Hirsch, Beck usw. radikalisiert zu werden. Schon zu dem Verbandstag der Handlungsgehilfen 1919 stellte die Ortsgruppe Berlin Anträge, in denen sie sich gegen die Arbeitergemeinschaften wandte und ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte forderte.

Auch nach der Verschmelzung war in der Ortsgruppe Berlin die gleiche Tendenz vorherrschend, was in den Beschlüssen auf Ablehnung der Technischen Räte und Uebertragung der Produktionskontrolle an die Betriebsräte zum Ausdruck kam.

Wenn daher die Kollegen Hirsch und Genossen jetzt so tun, als hätte es ihrer in den letzten Monaten aufgetauchten Opposition bedurft, um solche Gebenfreigänge zu wecken, wie sie vorstehend dargestellt sind, so ist dies nichts weiter als eine vorsätzliche Täuschung der Öffentlichkeit. Sachlich hat die „Opposition“ Hirsch und Genossen keine Berechtigung innerhalb der Ortsgruppe Groß-Berlin, und es erscheint den Kennern der Verhältnisse vollständig klar, daß sich hinter dem Treiben der Ausschlossenen zu einem guten Teil persönliche Geheißigkeit verbirgt.

Zu einem solchen Konflikt kam es, als die Betriebsrätezentrale vor einigen Wochen den Gewerkschaften verbieten wollte, ihrerseits die Betriebsratsmitglieder zusammenzufassen. In der Praxis sind gegenwärtig die Betriebsratsmitglieder von den Gewerkschaften aufgestellt und von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt worden. Die Gewerkschaften brauchen die Betriebsratsmitglieder zur Durchführung ihrer gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben. Es ist aber bisher noch keinem Gewerkschaftsmitglied etwas geschieden, weil es etwa mit der Betriebsrätezentrale der U.S.P. oder der S.P.D. in Verbindung steht.

Die sogenannte „Opposition“ in der Ortsgruppe Berlin hat nun nicht nur ebenfalls den Gewerkschaften die Zusammenfassung dieser Betriebsratsmitglieder verbieten wollen, sondern ihr Wortführer ist unter Mißbrauch unseres Verbandsnamens als Redner in gegnerischen Versammlungen aufgetreten. Dagegen mußte die Ortsgruppe einschreiten. Sollte die „Opposition“ ihre abweichende, persönliche Ansicht zum Ausdruck bringen, so hatte sie im Rahmen der Organisation genügend Gelegenheit.

Die Behauptungen der „Opposition“, sie könne für ihre Anschauungen weder die Mitgliedschaft anrufen, noch das Verbandsorgan in Anspruch nehmen, sind selbstverständlich falsch. Gerade daß die Opposition alle diese Möglichkeiten zur sachlichen Austragung von Meinungsverschiedenheiten nicht benutzte, sondern von außen auf die Organisation losging, wird ihr ja von uns zum Vorwurf gemacht.

In der jüngsten Delegiertenversammlung unserer Ortsgruppe hatte die Opposition einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der bezweckte, der Ortsverwaltung wegen Ausschluß der Kollegen Hirsch und Genossen ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Mit der Diskussion darüber wurde der Abend ausgefüllt. Als dann die Beschlußfähigkeit von einem nicht zur Opposition gehörenden Kollegen angezweifelt wurde, war die Versammlungsleitung genötigt, die Versammlung zu schließen, da § 11 unseres Ortsstatuts bestimmt: „Die Generalversammlung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Delegierten anwesend sind.“ Die Opposition verhielt es, auch daraus der Ortsverwaltung Vorwürfe zu machen, indem sie erklärte, die Versammlungsleitung habe die Versammlung kurzerhand geschlossen, weil sonst die Annahme des Oppositionsbeschlusses erfolgt wäre. Diese Behauptung weisen wir entschieden zurück, sie zeigt aber, in welcher Weise die Opposition arbeitet.

Die Ortsgruppe ist nicht gewillt, jemand wegen radikalgewerkschaftlicher Ansichten auszuschließen. Daß von der Ortsverwaltung die Weitergabe des Ausschlußantrages beschlossen worden ist, hatte lediglich seinen Grund darin, daß jene Opposition danach angolan war, die Agitations- und Organisationsfähigkeit aufs schwerste zu beeinträchtigen. Wir können nur hoffen, daß die von dem Ausschluß betroffenen Mitglieder recht bald Einkehr halten und sich davon überzeugen, daß sie in den letzten Monaten auf falschem Wege gewesen sind.

### Sabotage gegen den Betriebsrat.

Aus Angestelltenkreisen wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit wird dem Betriebsrat beim Reichskommissar für den Wiederaufbau jede positive Arbeit unmöglich gemacht, und gerade im gegenwärtigen Moment liegt für den Betriebsrat beim Reichskommissar für den Wiederaufbau eine Unmenge höchst wichtiger Arbeit vor. Am 4. Juni wurde für die Angestellten der Reichs- und Staatsbehörden ein Tarif abgeschlossen, der für die Betriebsräte wichtige und eilige Eingruppierungsarbeiten bringt. Die Angestellten, die seit Monaten auf ihre Nachzahlungen auf diesen Tarif, der rückwirkend vom 1. April 20 ist, warten, werden allmählich ungeduldig, denn sie sind die Leidtragenden, wenn die Tätigkeit des Betriebsrates von der Dienststelle in derartiger Weise sabotiert wird und sie nun noch immer auf Gelder warten müssen, die ihnen bereits seit Monaten zustehen.

Post und Telegraphie. Protestversammlung sämtlicher Mitglieder der Groß-Berliner Beamtenauschüsse am Freitag, den 16. Juli, nachmittags 6 1/2 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße (Untergrundbahnhof Klosterstraße). 1. Stellungnahme zu dem Gesetz des R. V. R. vom 1. Juli 1920. 2. Beteiligung über Nichtbeteiligung an den bevorstehenden Klassenwahlen? 3. Die Forderung des Mitbestimmungsrechts! Zutritt nur gegen Ausweis der Ausschüsse.

Zentralverband der Angestellten, Bezirk Tempelhof. Heute abend 8 Uhr im Verbandslokal, Berliner Str. 100: Ordentliche Mitgliederversammlung. Vortrag des Kollegen Burgemeister.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Str. 1. Verlag.

# Ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis

Angebot für die Zeit vom 7.-25. Juli

## Sakkoanzüge

Serie I ..... M. 875.-  
Serie II ..... M. 1075.-  
Serie III ..... M. 1275.-

## Ulster

Serie I ..... M. 875.-  
Serie II ..... M. 1075.-  
Serie III ..... M. 1275.-

## Herrenwäsche

Reinseidene Krawatten ..... von M. 15.- an  
Sporthüte und Mützen ..... von M. 35.- an

Unsere fertige Kleidung ist ebenbürtig jeder Maßarbeit und aus besten englischen Stoffen hergestellt!  
Auf alle anderen Artikel eine Preisermäßigung von **25%**

Gebr. Wolff & Keller, Berlin W, Leipziger Straße 29 Ecke Friedrichstraße

Das Haus der Herrenmoden